

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Nr. 2.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 14. Januar 1911.

Redakteur: A. Deutmann, Düsseldorf, Corneliustr. 66. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

13. Jahrg.

Wacht auf!

Wacht auf, ihr Freundel — Schon allzulange
Bleibt ihr uns fern! — Gleich einer Schlange,
Die gierig sich vom Blut der Herzen nährt,
Nagt euch der Feind! Ihr habt ihn nicht gewehrt!
Soll denn der Haß, die Lüge triumphieren,
Die Wahrheit knechten und das Zepter führen?
Ermannet euch! — Stellt euch in Reih und Glied!
Ein Feigling ist's, der vor dem Kampfe flieht!

Kathedersozialismus.

Der bekannte Nationalökonom Prof. Wagner-Berlin, der auch in christlichen Gewerkschaftskreisen einen guten Ruf genießt, hat einen Vortrag über obiges Thema gehalten. Im Anschluß daran sind wohl einige Bemerkungen über diese viel mißverständliche und angefochtene Frage am Platze.

In der Blütezeit des

wirtschaftlichen Liberalismus,

anfangs der 70er Jahre, traten einige Nationalökonomien gegen dessen Prinzipien auf. Sie verurteilten den durchaus individualistischen Zug, der dem Liberalismus eigen ist. Die bekannte Lehre dieses Wurzel ja in der Forderung, daß der Staat sich jeden Eingriffes in das Wirtschaftsleben enthalten soll; im Verhältnis des Arbeitgebers zum Arbeitnehmer sorgt vollständige, schrankenlose Vertragsfreiheit am besten für die Interessen beider. Der Liberalismus geht von der Voraussetzung aus, daß bei ungehinderter Freiheit die Nützlichkeits des Einzelnen sich am ersten durchringen, daß der Beste jedesmal den ersten Platz behaupten werde. Maßgebend für das wirtschaftliche Handeln des Einzelnen ist nur sein Eigennutz. Andere Motive gibt es nicht. Welche Folgen diese Lehre auf wirtschaftlichem Gebiet mit ihrer verheerenden Konkurrenz gehabt hat, soll ein anderes Mal erörtert werden. Hier interessiert uns in erster Linie, welche Verhältnisse sich auf sozialem Gebiete, in der Stellung des Arbeiters zum Unternehmer entwickelten.

Im Zustande der Vertragsfreiheit, so lehrte der Liberalismus, wird der Arbeiter mit dem Arbeitgeber unterhandeln, um ihm zu gewissen Bedingungen seine Arbeitskraft zu verkaufen. Diese Bedingungen werden in beiderseitigem Einverständnis festgesetzt. Nichts ist falscher als dies, und bald zeigte es sich auch, daß diese theoretische Konstruktion den tatsächlichen Verhältnissen gar nicht entsprach. Da sah es in der Tat ganz anders aus. Der Unternehmer bestimmte die Arbeitsbedingungen, den Lohn, die Arbeitszeit usw. Dem unorganisierten Arbeiter blieb nichts anderes übrig, als diese anzunehmen, denn außer seiner Arbeitskraft hatte er kein wirtschaftliches Hilfsmittel, um seine Existenz zu erhalten. Wachte der Einzelne sich weigern, die gesetzten Arbeitsbedingungen anzunehmen, so standen genug andere da, die der Hunger dazu zwang.

Der Unternehmer andererseits konnte unter Umständen lange Zeit warten, bis der Arbeiter zu den empörendsten Bedingungen in seinen Diensten trat; denn er hatte Geld. Er und seine Familie konnten auch leben, wenn die Fabrik nicht oder nicht in vollem Umfange beschäftigt war. Soweit kam es aber meistens gar nicht, gewöhnlich waren genug Arbeitskräfte vorhanden, die ihm zu Willen waren. Von Segnungen dieser absoluten Vertragsfreiheit, die naturgemäß eine Feindin jedes korporativen

Zusammenschlusses war, zu sprechen, hatte höchstens der Unternehmer ein Recht, für den Arbeiter blühte unter ihrer Herrschaft nur Elend und Not. Der einzelne Unternehmer, dem dieses Gebahren vielleicht zuwider war, konnte an diesem Zustande nichts ändern, er war durch die Konkurrenz gezwungen, ebenso zu verfahren.

Die Kathedersozialisten.

Gegen diese Zustände, gegen die Prinzipien, aus denen diese hervorgegangen waren, wandten sich nur Männer wie Wagner, Schönberg, Schmoller und andere. Sie verwarfen das Prinzip des Eigennutzes als einzig treibendes Motiv im Wirtschaftsleben, sie verwarfen es, weil es der Gesamtheit des Volkes nur Unheil brachte, weil dadurch soziale Zustände geschaffen wurden, die eine gedeihliche Entwicklung des Volksganzen aufs schwerste bedrohten. Auf der einen Seite Anhäufung von Reichtümern, auf der anderen die tiefste Not. Diese Männer verlangten, daß auch die Handlungen im Wirtschaftsleben dem Sittengesetz entsprechen sollten, daß auch hier der Begriff der Gerechtigkeit eine Rolle spiele. Sie waren der Meinung, wie Wagner ausführte, daß nicht alles, was rechtlich erlaubt ist, auch vor dem Sittengesetz bestehen könne. Sie verwarfen im Verfolg dieser Ansichten den Grundsatz des Liberalismus, der ein Eingreifen des Staates ins Wirtschaftsleben unbedingt verwarf; sie verlangten ein solches Eingreifen da, wo die Macht des Einzelnen versagte, Mißstände zu beseitigen oder die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die die Möglichkeit einer wirksamen Bekämpfung dieser Mißstände gaben. Daß unter den damaligen Verhältnissen die Sinnigung des Staates vor allem den Arbeitern zugute kommen mußte, war natürlich. Es galt nunmehr auch gleiche Voraussetzungen zu schaffen für die viel gerühmte Vertragsfreiheit. Von diesen unbedingt notwendigen erwähne ich nur die Sicherung und Einführung des Koalitionsrechtes. In Wort und Schrift traten die Kathedersozialisten (dieser Name wurde ihnen höhrend beigelegt) für ihre Ansichten ein und ihnen ist es in erster Linie zu verdanken, wenn in weiten Kreisen des Volkes ein soziales Verständnis einzog, Verständnis für befriedigende Zustände in allen Volksschichten, denn diese sind die Kraft der Nation.

Aber

nicht ohne große Widerstände

waren diese Forderungen der Kathedersozialisten gegen die Vertreter des liberalen Kapitals durchzuführen. Diese waren die ersten, die ihnen den Vorwurf der Unternehmerfeindlichkeit machten — mit Unrecht, denn Unternehmertum und rücksichtslose Ausbeutung des Arbeiters sind keineswegs identische Begriffe; allerdings war gerade diese sehr oft eine hervorragende Quelle des Gewinnes und dagegen mußte sich die neue Richtung wenden. Dem Einzelnen konnte die Sorge für den Schutz von Willkürlichkeiten nicht überlassen werden, sowohl der einzelne Unternehmer als auch der einzelne Arbeiter war da machtlos, da mußte der Staat eingreifen. Welche Proteste erhoben sich aber dagegen von Seiten des Unternehmertums! Der Unternehmer, so hieß es, arbeite unter eigener wirtschaftlicher Verantwortlichkeit und deshalb müsse er „Herr im Hause“ bleiben; gesetzliche Eingriffe irgend welcher Art dürften nicht geduldet werden. Eine solche Auffassung hieß denn doch das Wesen des Unternehmers stark verkennen. Bei aller wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit hat er doch auch eine soziale Verantwortlichkeit. Gegen die erstere unternimmt er nichts, daß er gegen die soziale Verantwortlichkeit nichts unternimmt, dafür muß eine Sicherheit in der Gesetzgebung vorhanden sein.

Allerdings, nur vor Willkürlichkeiten größter Art kann diese schützen; mehr braucht sie auch nicht,

wenn sie dem Arbeiter die Gewähr schafft, durch Selbsthilfe das Erforderliche zu tun. Die Beschränkungen, denen der Unternehmer im Betrieb unterworfen ist, gehen nur so weit, als es das Interesse anderer Volksschichten unbedingt erfordert. Das gilt ganz allgemein und muß auch in Bezug auf den Arbeiter gelten. So lange man also weiter keine Beweise gegen die Unternehmerfeindlichkeit der Kathedersozialisten bringen kann, beruht diese Behauptung auf schwachen Füßen. Wichtig ist vielmehr, daß von allen Nationalökonomien auch dieser Richtung die Wichtigkeit des leitenden, arbeitenden Unternehmerstandes voll und ganz erkannt wird. Allerdings gibt es Leute genug, die denjenigen unternehmerfeindlich nennen, der arbeitersfreundlich ist — und das sind die Kathedersozialisten. Dieser Tatsache verdanken sie auch ihren Namen; gibt es doch auch heute noch genug Unternehmer, die jeden, der in wirtschaftlichen Fragen auf der Seite der Arbeiter steht,

als Sozialist beschreiben.

Ein praktisches Beispiel haben wir ja in der Auffassung mancher Arbeitgeberkreise von den christlichen Gewerkschaften. Weil auch diese bestrebt sind, die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes zu heben, werden sie vielfach — in vollständiger Verkennung ihrer Grundsätze — kurzer Hand zu Anhängern des Sozialismus gerechnet, dessen Wesenheit doch in der Forderung der Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln liegt. Aber gegen böswillige Verleumdung und Verkennung sind sie eben so machtlos, wie die sogenannten Kathedersozialisten. Nicht ohne Grund habe ich gerade diesen Vergleich angeführt. Es ist gewiß kein Zufall, daß aus den Reihen der genannten Richtung eine Anzahl warmer Verteidiger und Freunde der christlichen Gewerkschaftsbewegung erstanden ist.

Heute wird so oft — und erst vor einigen Tagen ist es wieder im Zentralverband der Industriellen geschehen — geklagt, daß unsere nationalökonomischen Lehrstühle viel zur Verbreitung des Sozialismus beitragen. Von manchen mag das ja tatsächlich zutreffend sein, der Vorwurf richtet sich aber doch vielmehr gegen die sozialpolitischen Forderungen überhaupt, die — man muß es zu ihrem Ruhm gestehen — mit von ihnen berufenen Nationalökonomien erhoben werden. Auch das ist wahr, daß die von diesen verkündeten Lehren in tausend Herzen warme Begeisterung und Anhänger und Befürworter hervorgerufen haben. Wenn wir heute soziales Verständnis finden, so ist dies in erster Linie der Arbeit der Kathedersozialisten zu verdanken. Unsere ganze soziale Gesetzgebung ist in ihrem Sinne gehalten und von ihnen beeinflusst.

Sehr oft setzt man den Begriff des Kathedersozialismus gleich dem des

Staatssozialismus.

Das ist nun allerdings in dieser Verallgemeinerung nicht richtig, wenn auch ein gewisser innerer Zusammenhang nicht geleugnet werden darf. Mit dem Sozialismus hat der sogenannte Staatssozialismus gemeinsam, daß er wie jener eine Verstaatlichung fordert. Zum Unterschied aber von jenem keine Verstaatlichung der Produktionsmittel überhaupt. Der Staatssozialismus geht von der Erwägung aus, daß die Ansammlung allzu großer Kapitalien in der Hand Einzelner für die kulturelle Entwicklung eines Volkes von größtem Nachteil sein kann. Das Kapital ist ein gewaltiges Machtmittel, das unter Umständen die Interessen eines Staates schwer zu schädigen in der Lage ist. Von wie unheilvollem Einfluß sind die Trusts in Amerika! Der Staat hat die Pflicht, auf eine möglichst günstige Verteilung des Volkseinkommens hinzuwirken,

denn diese ist eine nicht unwesentliche Voraussetzung für die Höhe der Kultur.

Das Gesagte ist nun nicht so aufzufassen, als ob die Staatssozialisten verlangten, daß der Staat oder ein anderes Gemeinwesen alle großkapitalistischen Betriebe annekieren müsse; keineswegs! Die Förderung der Verstaatlichung erstreckt sich nur auf solche Betriebe, an der die Allgemeinheit direkt interessiert ist.

Die Forderungen des Staatssozialismus sind unter den gegebenen Gesichtspunkten gewiß gerechtfertigt. Man darf sich hierbei durch das Wort Sozialismus nur nicht abschrecken lassen; der Staatssozialismus, der natürlich das Privateigentum in jeder Form anerkennt, hat nichts gemein mit dem Sozialismus, den die Sozialdemokratie vertritt.

Was lehren die Zahlen?

Der „Textilarbeiter“, das Organ unserer sozialdemokratischen Konkurrenzorganisation, läßt sich alljährlich eine zahlenmäßige vergleichende Darstellung schreiben über die Leistungen seines und unseres Verbandes.

Im vorvorigen Jahre hatten die Darstellungen des mehr rechenstüßigen als rechenstüßigen „Deutschen“ recht unangenehme Folgen für seinen Verband, indem wir dadurch und durch einige andere Dinge gezwungen wurden, den total leeren Geldsack des „deutschen“ Verbandes vor aller Öffentlichkeit gründlich um- und aufzuziehen.

Aber das hat den „Textilarbeiter“ doch nicht von seiner klammervollen Fähigkeit im Zahlenschildern abbringen können. Er hat auch im Jahre 1910 wieder seinen Artikel, der zahlenmäßig die „ungeheure Macht und Leistungsfähigkeit“ des „deutschen“ und andererseits die „totale Ohnmacht und Leistungsunfähigkeit“ des christlichen Verbandes beweisen soll.

Mit Zahlen läßt sich mächtig streiten, mit Zahlen ein System bereiten, konnte man die Goethe'schen Worte abändern.

Zu früheren Jahren schrieb Wilhelm Reimes, Generalsekretär in Krefeld, jetzt freier sozialdemokratischer Schriftsteller daselbst, den Artikel. Diesmal verjagt sich ein „Genosse“ R. in der schmerzigen Kunst des Adam Riese.

Wir haben es nicht für nötig befunden, auf den Artikel, der bereits in Nr. 43 (28. Okt. 1910) des „Textilarbeiters“ erschien, zu antworten. Zunächst deshalb nicht, weil die Artikel des „Textilarbeiters“ in den Kreisen, die zu uns gehören oder die uns nahe stehen, gar keinen Schaden anrichten.

zahl unserer Leute gehört aus grundsätzlichen Gründen, aus Gründen der Weltanschauung zu uns. Hier liegen die starken Wurzeln unserer Kraft und nicht in den Unterstützungsleistungen. Einen Textilarbeiter, der seine Zugehörigkeit zu einer Gewerkschaftsrichtung lediglich abhängig machen wollte von der Höhe der Unterstützung, die er beziehen könnte, überlassen wir neidlos dem „deutschen“ Verbands. Wir legen in unserem Verbands das Hauptgewicht auf die Gesinnung und kämpfen gegen das Klassenmenschtum stets mit aller Entschiedenheit an.

Jetzt kommt aber ein Umstand hinzu, der uns veranlaßt, dennoch auf den Artikel zu antworten. Der jetzige Generalsekretär in Krefeld, Herr Brüggemann, der sich in Augsburg als großer Schlachtendener und -senker so „rühmlich“ hervorgetan hat, daß er sich schleunigst weitab vom Königreich der Mittelsbacher einen neuen Wirkungskreis suchen mußte, vertreibt den Artikel seines Fachorgans als Flugblatt unter der Arbeiterschaft des Niederrheins.

Die Zahlen stammen, wie der Artikel sagt, „aus den Rechenschaftsberichten der Generalkommission und des christlichen Zentralverbandes über die Gewerkschaftsbewegung vom Jahre 1909“.

Da stoßen wir denn sofort auf eine ganz plumpe Fälschung, indem die Zahlen für die Krankenunterstützung um rund 60 000 Mark zu hoch angegeben

sind. Artikel und Flugblatt geben an, daß der „deutsche“ Verband im Jahre 1909 für Krankenunterstützung 336 173 M. verausgab habe. Dieselbe Summe führt auch das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften in seiner statistischen Beilage vom 31. August 1910 an.

I. Quartal 1909	70 692,55 M.
II. „	70 679,65 „
III. „	71 029,15 „
IV. „	60 764,10 „
Zusammen in 1909	273 165,45

Die Angaben in dem Zeitungsartikel, dem Flugblatt und in der Abrechnung des Korrespondenzblattes sind also um rund 63 000 M. zu hoch.

Geradezu toll treibt es aber der „Textilarbeiter“ mit der Arbeitslosen- und Reiseunterstützung. Die Summe, die angeblich im Jahre 1909 für diese Zwecke aufgewendet sein soll, ist mit 207 794 M. angegeben.

I. Quartal 1909	58 975,10 M.
II. „	27 597,10 „
III. „	23 391,80 „
IV. „	25 910,45 „
Zusammen in 1909	135 874,45 M.

Rechnen wir dazu noch die Ausgaben für Reiseunterstützung, die nach dem Geschäftsbericht (S. 12) in der Zeit vom 1. Jan. 1908 bis zum 31. Dez. 1909, also in zwei Jahren gemacht wurden, dann haben wir folgendes:

Reiseunterstützung in zwei Jahren	aus der Hauptkasse 54 426,71 M.
	aus den Lotokassen 2 324,02 „
	Summa 56 750,73 M.

Dav. abziehen zurückbezahlte Reiseunterst. 6 075,01 M. Bleibt 50 675,72 M.

Dazu die Arbeitslosenunterstützung 135 874,45 M. Zusammen 186 550,17 M.

Nachmals: in dieser Gesamtsumme steht die Reiseunterstützung von zwei Jahren. Und trotzdem ist die Summe, die der „Textilarbeiter“ und das Korrespondenzblatt allein für das Jahr 1909 angeben, um nicht weniger als

rund 20 000 Mark zu hoch.

Nachdem wir so die Praxis des „Textilarbeiters“, mit total falschen und gefälschten Zahlen zu operieren, bloßgestellt haben, müssen wir aus begründeten Gründen

darauf verzichten, unsere Ziffern für Unterstützungen mit denen des „deutschen“ Verbandes in Vergleich zu stellen. Wir haben nur zwei Stichproben gemacht, ein Urteil über die Zuverlässigkeit der übrigen Zahlen des „Textilarbeiter“, des Flugblattes und des Korrespondenzblattes überlassen wir nunmehr unseren Lesern.

Der „Textilarbeiter“ prunkt mit den Zahlen, die sein Verband für Streit- und Maßregelungsunterstützung ausbezahlt haben will. Wir ziehen auch die Echtheit der hierfür angegebenen Zahlen in Zweifel und haben gewiß ein sehr großes Recht dazu. Wenn in zwei Positionen geschwindelt wurde, kann es in allen geschehen sein; aber selbst wenn die Angaben stimmten, bewiesen sie durchaus gar nichts für die Leistungsfähigkeit des „deutschen“ Verbandes.

„Die Taktik unseres Verbandes muß sich in erster Linie nach dem Beschäftigungsgrad der Industrie richten. Geschieht es nicht, dann taumeln wir von einem Mißerfolg zum andern.“

Das ist es auch, was Schreiber dieses mehrmals schon in der Zentralverwaltung angeregt hat, leider ohne Erfolg. Bis heute hat noch keine Vorstandssitzung stattgefunden, in der man die Wechselwirkungen solcher, die Produktion und unsere Taktik beeinflussen der Faktoren besprochen und die Konsequenz aus dieser Wirkung für die Organisation gezogen hätte.

Auch in der jüngsten Nummer der „Neuen Zeit“ führt der Redakteur Präsig Klage darüber, daß in der Textilindustrie bei Bewegungen viel zu wenig auf die geschäftlichen Verhältnisse gesehen worden sei, selbst führende Parteiredakteure und Agitatoren hätten sich in dieser Hinsicht sehr versündigt. Man braucht also gar nicht zu fragen, wodurch die hohen Streit- und Maßregelungsunterstützungen notwendig wurden.

Zum Schluß prunkt der „Textilarbeiter“ noch mit seinem hohen Mitgliederbestande und will damit die größere Schlagfertigkeit seines Verbandes beweisen. Aber sehr geschossen, es kommt nicht allein auf die Zahlen der Mitglieder an, sondern mehr auf den Geist, der unter ihnen herrscht und auf die ruhige und zielbewußte Arbeit der Organisation.

Und daß unser Verband da einen Vergleich sehr gut aushalten kann, lehrt ein Blick auf die Arbeitsverhältnisse der Textilarbeiter in Rheinland-Westfalen, wo unser Verband dominierend ist und auf die in Sachsen-Thüringen und der Provinz Brandenburg, wo die „deutsche“ Organisation das „Szepter“ führt. Und daß der politische Einfluß der gewerkschaftlichen und politischen Sozialdemokratie gleich Null ist, trotz der Millionen Anhänger, hat s. B. die „Frankfurter Zeitung“, die doch den „Genossen“ mehr gewogen ist als uns, zugeben müssen, als sie schrieb: „Heute wird in Deutschland die Reichspolitik viel mehr durch die geringe Zahl clerikaler Arbeiter beeinflusst, als durch die ganze sozialdemokratische Masse; . . . sie (die christlichen Arbeiter, d. W.) bilden die eigentliche Stütze des Reichstagswahlrechtes.“

Im Erlebnis mit der Gewerbeinspektion.

Die Arbeiter der Firma A. C. u. Co. in Coesfeld in Westfalen klagten seit längerer Zeit über mehrere recht arge Missetände, die vornehmlich die Abortverhältnisse des Betriebes betrafen. Der Arbeiterausschuß wandte sich wiederholt an den Firmenvertreter, bekam jedoch einmal zur Antwort, die Arbeiter möchten die Aborte selbst reinigen und ein andermal, das seien doch bloß „Kapalien“. Den Arbeitern blieb nun nichts anderes übrig, als den ordnungsmäßigen Weg zur Gewerbeinspektion zu gehen, wenn sie die Firma nicht gleich bei der Polizei verantwortlich machen wollten.

Mißstände dem Gewerbeinspektor Kres in Necklinghausen, dem der Kreis Coesfeld zugeteilt ist, zu unterbreiten.

Kollege Lensing kam der Bitte nach, indem er unter Kurzer, aber wahrheitsgetreuer Wiedergabe der Klagen der Arbeiter dem Gewerbeamt unter Aufstellung der Dinge bat. Das geschah anfangs Okt. 1910. Am 9. Dez. desselben Jahres erhielt Kollege Lensing von der Königlich Gewerbeinspektion in Necklinghausen folgendes Schreiben:

„Auf Ihre Anzeige ist auf diesseitiger Veranlassung am 31. Oktober d. J. eine unvermutete Revision der Abortanlagen der Firma A. Crone u. Co. zu Coesfeld durch die Ortspolizeibehörde vorgenommen worden.

Der revidierende Beamte hat festgestellt, daß die Aborte in genügender Anzahl vorhanden sind, sich in einem ordnungsmäßigen Zustande befinden und auch den Anforderungen des § 120b Abs. 4 der Gewerbeordnung entsprechen.

Am 6. d. Mts. wurde durch mich bei einer unvermuteten Besichtigung der Fabrik gleichfalls ermittelt, daß die Abortanlagen für Männer und Frauen sich im durchaus ordnungsmäßigen Zustande befinden.

Die Firma A. Crone u. Co. behauptet, daß sie, betr. Nichtreinhaltung usw. ihrer Abortanlagen, falsch angeschuldigt worden sei.

Unter Hinweis auf § 164 des Strafgesetzbuches für das deutsche Reich ersuche ich künftighin bei der Gewerbeinspektion nur dann Anzeigen zu erhalten, wenn der Verband dafür, daß die Anzeige den Tatsachen entspricht, die volle Verantwortung übernimmt.

Kres, Gewerbeamt.

Was in dem Schreiben zunächst frappiert, ist der Schlusssatz, wonach der Gewerbeamt Kres verlangt, und zwar unter ausdrücklichem Hinweis auf den § 164 des Strafgesetzbuches, daß der Verband die volle Verantwortung übernehme für die Anzeigen, die er im Auftrage der Arbeiter bei der Gewerbeinspektion mache. Zunächst: Die Berufung auf diesen Paragraphen, der von Anklagen, „wider besseres Wissen“ handelt, die mit „Gefängnis nicht unter einem Monate“, eventuell mit „Abkennung der bürgerlichen Ehrenrechte“ bestraft werden, ist durchaus unangebracht, sogar beleidigend. Es ist denn doch keine Art, daß ein Mann, der im Auftrage der Gewerbeinspektion tatächlich vorhandene Mißstände angezeigt hat, derartig angefahren und durch die Berufung auf den § 164 indirekt der böswilligen Verleumdung bezichtigt wird. Das ist eine Ungehörigkeit, die öffentlich bloßgestellt zu werden verdient und die allerhöchste Zurückweisung erfahren muß. Dann verlangt der Gewerbeamt eine totale Unmöglichkeit, wenn er beanprucht, daß der Verband die volle Verantwortung übernehme für die Anzeigen; wenigstens ist das unmöglich in dem Sinne, als diese Verantwortung Gewerbeamt Kres zu verlangen scheint. Der Verband, bezw. sein Beamter, kann nur die von den Arbeitern geäußerten Wünsche an die Gewerbeinspektion weiter geben. Selbst kann er nicht in den Betrieb und die Dinge hineinschauen. Er ist ganz angewiesen auf die Angaben der Arbeiter. Aber daß der Beamte nur nach genauer Information und auf Grund von Angaben durchaus glaubwürdiger Leute und in der Ueberzeugung von der Berechtigung der Anzeigen handelt, liegt schon im Interesse der Sache selbst und seiner eigenen Person und Stellung.

Zu dem übrigen Teile des Briefes veröffentlichten wir folgende Erklärung, die in einer Fabrikversammlung von 37 Arbeitern des Betriebes, alles durchaus ehrenwerte und glaubwürdige Männer, aufgesetzt und unterschrieben worden ist.

„Coesfeld, den 13. Dez. 1910.

Die endes unterzeichneten Weber der Firma A. Crone u. Co. erklären hiermit, und sind bereit, die Erklärung jederzeit vor Gericht eidlich zu bestätigen, daß die in der Beschwerdeschrift enthaltenen Mißstände bezüglich der Aborte in der Weberei auf Wahrheit beruhen. Die erwähnten und bestehenden Mißstände sind folgende:

1. Die Aborte in der Weberei sind seit Monat Mai 1910 bis jetzt nur ungenügend gereinigt worden. Ein Besen hat den Vorflur nur selten berührt. Wenn der Herr Gewerbeamt trotzdem alles in Ordnung gefunden hat, so ist das ein Beweis dafür, daß Ordnungssinn unter den Arbeitern wohl vorhanden ist.

2. Die einzelnen Aborte sind versehen mit sogenannten Trichtern, deren Röhre bis unten an den Sauchebehälter hinabreicht. Durch die tägliche Benutzung der Aborte von zirka 60 Webern kommt es nicht selten vor, daß die Röhren sich verstopfen und dann noch weiter benutzt werden müssen, bis die Sauche den ganzen Behälter füllt und den auf den Siebrettern eingehenden Deckel beschmutzt. Gereinigt wird dieses seitens der Firma nicht, sondern es muß von den Arbeitern geschehen, wenn so viele Aborte verstopft sind, daß des Leibes Notdurft nicht mehr befriedigt werden kann. Dieser Zustand wäre leicht abzuhelfen, wenn jede Woche einmal mit etwas Wasser die Röhren ausgespült würden.

3. Durch den unter Punkt 2 erwähnten Uebelstand entsteht, oder vielmehr war entstanden, eine Unmenge von Fliegen und Insekten aller Art, die den Aufenthalt auf dem Aborte fast unmöglich machte. Auch in gesundheitlicher Beziehung mußte dieser Zustand als gefährlich bezeichnet werden, da die Fliegen nicht abzuwehren waren und abwechselnd die Sauche und dann den menschlichen Körper verärgerten.

Wenn der Herr Gewerbeamt diese Insekten nicht gesehen hat, so liegt das daran, daß die Beschwerde von Anfang November datiert, während die Inspektion am 6. Dezember stattfand, in welcher Zeit die Insekten abgestorben pflegen.

4. Wenn der Herr Gewerbeamt etwas genau zugehört hätte, würde er die zahlreichen Spinnweben entdeckt haben, die in allen Ecken vorhanden sind. Außerdem

einige schwarz geräucherzte Stellen, die davon herrühren, daß einige Arbeiter einige Spinnweben mit tausend und aber tausend gefangenen Fliegen mittels Streichhölzer abgetraut haben.

5. Die Arbeiter legen entschieden dagegen Verwahrung ein, die Firma A. Crone u. Co. falsch angeschuldigt zu haben. Sie haben zweimal ihren Arbeiterausgang zum Chef gesandt und freundlichst darum gebeten, diese Uebelstände abzustellen. Doch umsonst. Die Firma gab vielmehr den Arbeitern den Rat, mittels eines Stückes Papier den verstopften Aborte selbst zu reinigen, und als die Arbeiter nochmals anhielten, gab er zur Antwort, ihm mit solchen Lapalmen vom Kontor zu bleiben. Danach erst wandten sich die Arbeiter an den Verband und von diesem aus an die Gewerbeinspektion.

6. Auf jedem Aborte ist zwar Wasserleitung vorhanden, auch ein Schlauch ist da, so daß mit leichter Mühe jeden Samstag die einzelnen Aborte ausgepült werden könnten. Die Arbeiter haben sich angeboten, dieses selbst zu tun, wenn nur die Sachen dazu herbeigebracht werden. Aber nein, der Schlauch ist verschlossen und die Hähne an den Wasserleitungen abgenommen.

7. Wie es mit der unvermuteten Revision steht, darüber machen sich auch die Arbeiter ihre eigenen Gedanken. Tatsache ist, daß am 6. Dez. morgens 5 Minuten vor 12 der Meister in höchst eigener Person das Utinabflutrohr, welches auch verstopft war, gereinigt hat und um 1/2 2 Uhr war der Herr Gewerbeamt da. Ferner haben die Arbeiter in der Weberei zwei Aborte, und nur zu dem einen hat man den Herrn hingeführt.

Angeichts dieser Tatsachen ist es doch mehr als fraglich, ob die Arbeiter der Firma Crone u. Co. mit der Vorbringung der Beschwerde ein so großes Unrecht begangen haben.

Nachstehend folgen die Namen der Weber der Firma A. Crone u. Co., welche bereit sind, zu jeder Zeit die vorgenannten Angaben vor Gericht eidlich zu bestätigen. Folgen 37 Unterschriften.

Nach dieser Erklärung der Arbeiter brauchen wir zu der Sache weitere Bemerkungen nicht zu machen. Hoffentlich bleibt dieses unangenehme Erlebnis mit einem Gewerbeamt das einzige seiner Art. Zur Belebung und Befestigung des Vertrauens der Arbeiterchaft zum Herrn Gewerbeamt Kres hat es nicht beigetragen. Wenn solche Dinge vermieden werden, ist sowohl der Arbeiterschaft, als namentlich auch der sozial so überaus wichtigen Institution der Gewerbeaufsicht gebührt.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für 1909.

Ueber die Bescheiderteilung der Versicherungsträger wird folgendes mitgeteilt:

Im Jahre 1909 wurden auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze 228 667, auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft 193 409, im ganzen mithin 422 076 bescheidfähige Bescheide erlassen. Unter den Bescheidenden befanden sich 186 601, das sind 44,21 v. H., welche sich auf anderweite Feststellung der Rente infolge Veränderung der Verhältnisse, Ruhen der Rente und Abfindung bezogen.

Die bei den 124 Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung in Unfallversicherungssachen anhängig gewordenen Streitigkeiten stellten sich auf 115 667, und zwar 76 352 Berufungen und 39 315 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes und der entsprechenden Bestimmungen der übrigen Unfallversicherungsgesetze.

Von den Berufungen wurden eingelegt auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze 52 180 (68,34 v. H.), auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes für Land- und Forstwirtschaft 24 172 (31,66 v. H.).

Die Zahl der Berufungen hat auch im Berichtsjahre zugenommen. Es dürfte das zurückzuführen sein auf das Bestreben der Versicherungssträger, entweder möglichst geringe Renten zu gewahren oder aber die gewährten Renten herabzudrücken. Es kommen da die Berufungsgenossenschaften in Frage, gegen welche 64 675 Versicherte allein wegen Nichtgewährung oder Herabsetzung der Rente bei den Schiedsgerichten Berufung einlegten. Daß diese dabei die Hilfe von Vertretern in Anspruch nahmen, ist wohl erklärlich. Den geschäftsgewandten Vertretern der Berufungsgenossenschaften müssen geschäftsgewandte Vertreter der Versicherten gegenüberstehen, sollen diese nicht zu kurz kommen. In dem Jahresbericht steht aber der lakonische Satz: „Die Rentenbewerber sind noch häufiger als bisher durch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre vertreten worden.“ „Noch häufiger.“ das klingt etwas vorwurfsvoll. Das Recht der Versicherten, sich durch Gewerkschaftssekretäre vertreten zu lassen, muß auch in Zukunft voll gewahrt werden.

Die Angaben über die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts zeigen eine starke Steigerung der anhängig gewordenen Rekurse. Solche wurden 1909 eingelegt zusammen 25 475. Das bedeutet eine Zunahme gegen das Vorjahr um fast 12 Prozent. Rund 80 Prozent der Rekurse betrafen die gewerbliche, 20 Prozent die landwirtschaftliche Unfallversicherung. Rekurssetzungen haben 1297, 21 417 mündliche Verhandlungen stattgefunden. In jeder Sitzung mußten also durchschnittlich 17 Rekurse verhandelt werden, etwas viel, auch wenn die Sachen gut vorbereitet waren. Trotz der schnellen Arbeit konnte das Reichsversicherungsamt nicht anfangen. Es blieben, wie bereits mitgeteilt, 15 134 Rekurse unerledigt. Davon waren 6808 im letzten Vierteljahr eingegangen, während 8513 aus früherer Zeit stammten.

Diese Rückstände sind sehr bedauerlich und liegen nicht im Interesse der Versicherten. Auch das

Ansehen des Reichsversicherungsamts gewinnt dadurch nicht. Bei dieser immer größer werdenden Behörde wächst die Unübersichtlichkeit. Auch die Einheitlichkeit der Rechtsprechung wird durch die fortwährende Vermehrung der Senate nicht erhöht. In dem Entwurfe der Reichsversicherungsordnung wollten deshalb die verbündeten Regierungen das Rekursverfahren dem Reichsversicherungsamt ganz abnehmen und dem Oberversicherungsamt übertragen. Nachdem aber die Versicherungsämter gefallen waren, ging die Reichstagskommission auf diesen Plan nicht ein. Es wurden aber Maßnahmen beschossen, die eine Entlastung des Reichsversicherungsamts herbeiführen. Ob sie auch im Interesse aller Versicherten liegen, ist fraglich. Das Reichsversicherungsamt hat bisher vorzügliches Verdienst geleistet durch seine meist recht vernünftige Rechtsprechung. In 5066 Fällen hat es die Urteile der Schiedsgerichte völlig oder teilweise geändert, und 14 701 Urteile derselben bestätigt. Es wäre demnach interessant zu erfahren, zu welchen Günstigen die Urteile dem Prozentsatz nach ausgefallen. Darüber sagt der Bericht nichts näheres. Bei der Uebersicht Nr. 5 über die Erledigung der Streitigkeiten durch die Schiedsgerichte ist angegeben, daß von 131 000 bearbeiteten Streitigkeiten 20 500 zugunsten der Versicherten und 83 700 zugunsten der Versicherungsträger ausgefallen sind. Angaben in ähnlicher Weise über die Vorbescheide der Rekurse wären erwünscht und wohl möglich zu geben. Nach anderen Richtungen hin gibt der Bericht Aufschluß. Es wird z. B. angeführt, daß die den Urteilen zugrunde liegenden Streitigkeiten sich auf die Anwendung des § 88 des Gewerbeunfallversicherungsgesetzes beziehen. 63,5 vom Hundert aller Urteile fußen darauf. Der § 88 sagt: Tritt in den Verhältnissen, welche für die Feststellung der Entschädigung maßgebend gewesen sind, eine wesentliche Veränderung ein, so kann eine minderwertige Feststellung erfolgen.“ Es ist klar, daß dieser Bestimmung eine Reihe von Streitigkeiten entspringen müssen. Die Berufungsgenossenschaften, gestützt auf die Urteile ihrer Vertreter, konstatieren eine Besserung, die Versicherten bestreiten dies. So gibt es viele Prozesse.

Nächst häufig sind Streitigkeiten, in denen es sich um den Grad der Erwerbsunfähigkeit handelt. 1909 waren dies 14,2 vom Hundert, 1908 17 vom Hundert. Um den Beweis des Unfalls drehte sich der Streit in 4,3 v. Hundert Fällen. Ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit anzunehmen war, mußte das Reichsversicherungsamt in 8 v. H., ob ein Unfall beim Betrieb vorlag in 4,3 v. H. der Fälle feststellen und entscheiden.

Unter den Rekursen, in denen streitig war, welcher Versicherungsträger die Entschädigung zu übernehmen hatte, befanden sich 36 (1908 18), in denen der Anspruch des Verletzten gegen den beklagten Versicherungsträger zwar zurückgewiesen, der beigeladene Versicherungsträger aber beurteilt worden ist, den Verletzten zu entschädigen. S. P.

Aus der Arbeiterbewegung.

Ortsgruppen, abonniert das „Zentralblatt“. Wie bereits in einer kurzen Notiz in der vorigen Nummer der „Textilarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt worden ist, wird vom 1. Januar 1911 ab für je 20 Mitglieder ein Exemplar des „Zentralblattes“ gratis geliefert. Der Vorstand des Gesamtverbandes ist damit einem Antrage unseres Verbandes nachgegeben.

Rundmeist wird eine erheblich größere Anzahl von Vorstandsmitgliedern und Vertrauensmännern in dem Bezug des „Zentralblattes“ gelangen. Das ist erfreulich. Aber nicht überall werden die Gratis-Exemplare hinreichen, um allen Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten der Ortsgruppe das „Zentralblatt“ zu geben. Da müssen dann die Ortsgruppen selber durch Postabonnement das Blatt für die übrigen Vorstandsmitglieder oder Vertrauensleute hinzubestellen. Die Kosten sind ja sehr gering und wohl für alle Ortsgruppen erschwingbar. Für die Weiterbildung ihrer Funktionäre kann eine Ortsgruppe gar nicht zu viel tun; für die Aufklärung und Schulung ihrer Mitglieder aber das „Zentralblatt“ ganz vorzüglich geeignet. Wir hoffen, daß diese Anregung und Bitte in möglichst allen Ortsgruppen befolgt wird, so daß das „Zentralblatt“ von unserem Verbands viele Hundert neuer Abonnenten bekommt.

Schön ist die Jugendzeit. Sie kommt nicht wieder!

Unser die Jugend! Sowohl, die Jugendjahre, die kommen nicht wieder, da tritt der Schlussakt dieses alten Stüdes zu — aber ein nächster wir ihn abtönen, der jugendlich-heitere Sinn, der kann auch mit in die reiferen Jahre hinüber genommen werden.

Das wünschen wir besonders für die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Textilindustrie beschäftigt sind. Die trauern auch manchmal den schönen Jugend- oder besser Kinderjahren nach, wenn sie schon im Ernst des Erwerbslebens stehen müssen. Und sie wissen, daß diese Jugendzeit unwiederbringlich dahin ist, daß ihre reifere Jugendzeit ihnen der berufsmäßigen Fabrikarbeit angeht. Wir können es den Berufsjährigen nachfühlen, wenn sie der ungewohnten Arbeitsweise nicht mit der Freude nachkommen, wie diejenigen ihrer Jugendgefährten ihre Arbeit pflegen, die ein Handwerk erlernen, das sie sich selbst gewählt und ihnen Freude macht. Bei unsern jugendlichen kommt das eigene Streben zu kurz. Und doch will auch unsere Arbeiterjugend eigenes Streben, Ideale haben! Der noch frische, muntere Sinn darf nicht wie die Jahre dahingehen, sondern muß gerade bei unsern heranwachsenden Arbeitern und Arbeiterinnen gelegt werden.

Wohl denjenigen, denen die eigenen Eltern die notwendigen Anweisungen geben können, daß ihr Jugendmut Wahrheit finde. Wo z. B. der Vater selbst in seinem Sohne den Idealismus weckt und ihm dann zeigt, wie ein jugendlicher Arbeiter diesen Idealismus auch dienen kann, indem er Mitglied eines konfessionellen Jugendvereins und einer christlichen Gewerkschaft wird — da braucht der junge Mann nicht lange nach einem Mittel zu suchen, daß ihm auch für die Zukunft sein frisch-fröhlicher Sinn erhalten kann. Auch die Mutter tut sehr gut daran, wenn sie auf ihre Tochter in diesem Sinne einwirkt. Das jugendliche Mädchen wird an der eintönigen Fabrikarbeit auch nicht die volle Freude haben — wenn es nicht nebenbei Gelegenheit hat, seinen leichten, ungestümen Sinn zu bläuen in einem Kreise gleichaltriger Freundinnen. Daß doch alle Mütter es verständen, die jugendlichen Arbeiterinnen dorthin zu weisen, wo nicht der Reichtum gepflegt wird, sondern wo trotz der Anregungen, die in ersten Stunden bei Anlernung nützlicher Kenntnisse gegeben werden, immer wieder die Jugendlust der Mädchen zur Geltung kommen darf. Die Mutter soll sich nicht besinnen, ihre Tochter in jene Vereinigungen zu schicken, die heute schon an vielen Orten bestehen, in die Arbeiterinnenevereine, die christlichen Gewerkschaften u. a.; selbst wird sie die Früchte ernten, die sie damit sät, indem ihre Tochter nicht als verstimmt, Kurarbeiterin oder als Tanzlustige gilt, sondern zu einem wirklich nützlichen Glied der Menschheit heranwächst. Einen Lebensinhalt soll unseren jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen besonders auch durch unsern christlichen Gewerkschaften geboten werden. Heute können wir auch schon konstatieren, daß viele Eltern eingesehen haben, wo die beste Führung der Jugendlichen ist, wo ihnen trotz aller Vorteile in materieller Beziehung ungleich höhere Güter geboten werden und wo der Sinn für Ordnung und Autorsität erhalten und gefördert wird.

Unser Zentralverband christlicher Textilarbeiter kann auf eine große Zahl von neuangeworbenen Jugendlichen blicken, seitdem er die Beiträge und die Unterstützung für sie geregelt hat. Und der christliche Textilarbeiterverband schätzt diese jungen Mitglieder sehr hoch! Auf deren Idealismus und auf deren Jugendkraft wird er einmal angewiesen sein. Und ferner können diese jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen dazu beitragen, daß auch wieder auf andere Jugendliche in gleich jugendbringender Art eingewirkt werden kann.

Janusz S.

Stammland der bedeutendsten Industrien und den Sammelplatz der größten Arbeitermassen, systematisch zu erobern. . . .

Hier werden die Schlachten der Zukunft gegen die wirtschaftlich-sozialpolitische Reaktion geschlagen, hier wird der Widerstand des Scharfmachtums gegen Arbeiterschutz und gegen kollektive Arbeitsverträge überwunden und hier wird, vielleicht unter schmerzlichen Begehren, die Einheit der deutschen Gewerkschaftsbewegung geboren werden, die den Sieg der Gewerkschaftsfache für alle Zeiten verbürgt. . . .

Der Gewerkschaftskongress wird tagen in dem Bewußtsein, daß das größte Problem der nächsten Zukunft, daß die Einheit der Arbeiterklasse im wirtschaftlichen Kampfe in greifbarer Nähe gerückt ist. . . .

Es sei ferner erinnert an das, was Redakteur Hänisch von der sozialdemokratischen „Dortmunder Arbeiterzeitung“ kurz nach dem Bergarbeiterstreik vom Jahre 1905 in der „Leipziger Volkszeitung“ schrieb:

„Hätten die Verbandsführer (des sozialdemokratischen Verbandes. D. V.) von Nut gehabt, dem nun einmal doch unvermeidlichen Streik tapfer ins Auge zu blicken und im entscheidenden Moment entschlossen die Führung an sich zu reißen, sich an die Spitze der vorwärtsdrängenden Massen zu stellen, der Moment wäre da, die zögernde und schwankende christliche Gegenorganisation mit einem tüchtigen Schlag zu zertrümmern und für den Verband einen Fiskus zu tun, wie er ihn noch nie tat. Und diesen Moment ließ man unbenutzt verstreichen.“

Später schrieb der nämliche Hänisch vom dem „schmerzstillenden Halsband“, welches man dem Gewerkschaften hätte umlegen sollen.

Von dem Standpunkte dieser Äußerungen aus muß der ganze Himmelsbogen beiseite werden, den der „alte“ Bergarbeiterverband seit Jahren gegen den Gewerkschaften in Szene gesetzt hat und namentlich auch die jüngste Lohnbewegung. Der Zweck der Uebung war immer derselbe: Vernichtung der verhassten christlichen Bergarbeiterorganisation. Wie verlogen und unangenehm dieser Kampf seitens des sozialdemokratischen Verbandes geführt wurde, ist allbekannt. Der Gewerkschaften würde ja sich wirklich jeder Selbstachtung begeben und Selbstmord verüben, wenn er mit solchen „Kumpels“ zusammen Bewegung führen wollte.

werden. Und daß der Gewerkschaften den ersten Schritt hierzu getan hat bei der jetzigen Bewegung, ist ein Verdienst im Interesse der künftigen Entwicklung der Bergarbeiterverhältnisse. Wenn es im Ruhrgebiet zu verträglichen Verhältnissen zwischen den Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber kommen soll, so dürfen die Arbeiter nicht disziplinlos jeden beliebigen Putsch mitmachen, den einige Radikalinstinkte anzuzetteln für gut befinden.

Im Jahre 1905 begann die große Bewegung mit dem Streik auf Zeche Bruchstraße. Auch dieser Streik sollte totalisiert werden. Aber es gelang nicht. Bevor die prognostizierte Bergbauvereins den allgemeinen Ausstand provozierte, standen bereits verschiedene Belegschaften im Streik. Auch jetzt kommt urplötzlich ein disziplinloser Streik auf Zeche Lufas. 1905 war die Verkürzung der Arbeitszeit darstellte, immerhin ein prägnanter Fall; beim Streik auf Zeche Lufas aber handelt es sich um allgemeine Klagen über allgemeine Mißstände. Das feste Eingreifen des Bergbauvereins hat diesmal ein Ubergreifen der Ausstandsbewegung auf andere Bezüge verhindert und gleichzeitig die Frage der gewerkschaftlichen Disziplin in den Vordergrund gestellt. Damit hat der Gewerkschaften der Bergarbeiterbewegung einen unschätzbaren Dienst geleistet. Das müßte auch die Sozialdemokratie anerkennen, falls derselben wirklich die gewerkschaftlichen Interessen näher ständen — als die politische Verheerung der Bergarbeiter und die Mißkreditierung des Gewerkschaften.

Niemals ist die gewerkschaftliche Disziplin und die vernünftige gewerkschaftliche Taktik zum wirtschaftlichen Schaden der Bergarbeiter und des moralischen Ansehens der Gewerkschaftsbewegung überhaupt so mit Füßen getreten, als diesmal von den vereinigten sozialdemokratischen, kirchlichen und polnischen Verbänden! Daß der Gewerkschaften trotz dieser Bewußtsein, von langer Hand vorbereiteten Fokalisierung so entschieden seine Selbständigkeit gewahrt und entgegen der künstlich geschaffenen Bewegung unter den Bergarbeitern die Anforderungen der gewerkschaftlichen Disziplin zur Geltung gebracht hat, zeugt von seiner inneren Festigkeit, der Disziplin seiner Mitglieder und der gesunden Auffassung der Leitung in bezug auf die taktischen Notwendigkeiten in kritischen Zeiten.

Warum keine gemeinsame Aktion in der Bergarbeiterbewegung? Zu dieser Frage bringt das „Zentralblatt“ ein neues, sehr wichtiges Moment, indem es schreibt:

„Fast alle Bergarbeiterstreiks waren bisher der Ausfluß einer spontanen Anzuehnung ohne vorherige gründliche Ueberlegung und Abwägung taktischer Maßnahmen. In der Regel gingen die Massen mit den Führern durch. Jawohl, daran die sozialdemokratischen Erziehungsmethoden besonders durch die Presse und die Parteifunktionäre die Schuld tragen, soll hier nicht erörtert werden. Nur so viel sollte auch der alte Verband aus der bisherigen Geschichte des Bergarbeiterstreiks einerseits und den gewerkschaftlichen Methoden der anderen Verufe andererseits gelernt haben: Mit regellosen, sprunghaften Streiks, denen lediglich eine, wenn auch herbeigehungene Zustimmung zugrunde liegt, werden die Bergarbeiter niemals zu einem geordneten Verhältnis mit den Unternehmerorganisationen kommen. Deshalb muß mit dieser Methode gründlich gebrochen

Sozialdemokratische Rohlänge. In Haussham (Bayern) streiken die Mitglieder des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes. Der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter hat im Interesse der Arbeiter darauf verzichtet, den vollständig aussichtslosen Kampf mitzumachen oder auch nur zu unterstützen. Er hat sich mit vollem Recht dafür bedankt, sich von der sozialdemokratischen Organisation die Streiks vorschreiben zu lassen. Aus den Kreisen der sozialdemokratisch organisierten Arbeiterschaft selber ist dem Vorgehen des Gewerkschaften zugestimmt worden, mehrere Hundert „Genossen“ haben den Kampf, der unter den obwaltenden Verhältnissen unmöglich für die Arbeiter erfolgreich enden konnte, von vornherein nicht mitgemacht, andere sind später wieder an die Arbeit gegangen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter sind nun von ihren Führern derart gegen den Gewerkschaften und seine Mitglieder aufgehetzt worden, daß die Ruhe in Haussham tatsächlich gefährdet erscheint und selbst Kinder und

Der Zweck der Uebung. Wie eine wilde Reute fällt der ganze sozialdemokratische Blätterwald über den Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter her wegen seiner Haltung in der jüngsten Bergarbeiterbewegung. Es liegt System in diesem wilden Nestelreiben. Die Nr. 26 des „Zentralblattes“ bringt in einem Artikel zur Bergarbeiterbewegung einige Tatsachen in Erinnerung, die das ganze Treiben des roten Verbandes und seiner Helfer grell beleuchten. Im Jahre 1905, dem Jahre, in welchem der letzte große Bergarbeiterstreik stattfand, schrieb das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ in der Nr. 1 in einem Artikel betitelt: Rückblick auf das Jahr 1904 u. a. folgendes:

„Zum fünften Male werden die deutschen Gewerkschaften vernachlässigt ihre Herrschaft halten und die Wahl von Köln als Ort des Gewerkschaftskongresses bedeuten, daß sie sich anständig, den großindustriellen Westen Deutschlands, das

Starke Seelen.

Eine Romanstizze aus der modernen Gewerkschaftsbewegung von Ernst Breit.

Im hellerleuchteten, geschmackvoll eingerichteten Wohnzimmer saßen Fabrikbesitzer A. und sein ältester Sohn zu einer ersten Beratung beisammen.

„Ich weiß nicht, wo das noch hin soll mit dieser absonderlichen Hezerei unter den Leuten. Nur unzufriedene, mährische Gesichter, knapper Geiz und wenig respektvolles Benehmen. Aber ich werde ihnen die Organisationsgelüste legen!“

„Ich glaube kaum, daß dir das gelingen wird, Vater. Lassen wir doch die Leute einfach laufen und — organisieren wir uns auch.“

Der Alte sah auf.

„Aber, Junge, was fällt dir denn ein! Ich habe nur doch etwas mehr Erfahrung als du! Da hätten sich wo ein paar Jahrzehnte die Arbeiter mal so nützlich machen sollen! Auf die Straße wären sie geflogen samt und sonders, und Hundert andere hätten sich um die Stellen geteilt.“

„Aber wir leben nicht mehr im 17. Jahrhundert, wir leben im 20.!“

„Zu nichts! Dafür, daß ich den Leuten Arbeit gebe, sollen sie mir dankbar sein! Zum Heuler zu! Ich lasse mir doch von diesen Grünschnabeln, die ich noch gekannt habe, als sie sich als Schülchen im Straßendreck wälzten, kein trotziges Benehmen bieten!“

„Ich merke, daß die Leute ziemlich ungehalten sind und mißmutig sind, wie in ihren Augen nicht selten das Betrüben eines nahen Gewittersturmes aufsteht und einige nur mit Mühe trotziges Benehmen unterdrücken.“ Der Alte schenkte einem Augenblick.

„Wie geht es dem Schwiegervater heute?“

„Schlimm! Augenentzündung in solchem Alter überreicht sich nicht leicht.“

Der Alte machte einige Augenblicke vor sich hin. Er dachte an den Schwiegervater seines Sohnes, an dem die Arbeiterinnen mit hochachtendster Liebe hingen. Warum war das bei ihm nicht so? Gleichviel, abtropfen ließ er sich nichts!

„Ich dulde die Organisierten nicht länger auf dem Werk!“

„Vater!“

„Sohn, du müßtest mich kennen, denke ich.“

Er erhob sich von dem roten Plüschsessel. Aus seinen Augen blühte gekränkter Stolz, und kalte, eiserne Entschlossenheit lag auf seinen Zügen.

Da öffnete sich die Tür und Fritz trat ein.

„Vater und Vater, kommt zur Fabrik. Er liegt im Sterben. Moritz hat ihm die Sterbesakramente gebracht und der Arzt meint, daß er den Morgen nicht mehr erleben würde.“

In seinem altmodischen Schlafzimmer lag Fabrikbesitzer A. tief in den Kissen seines Bettes, ganz ruhig und still. Die kalte Blässe des nahen Todes lag auf seinen Zügen. Hin und wieder zuckten einige Gesichtsmuskeln.

Neben dem Bette lag die einzige Tochter in stummem, sturem Schmerz, des Vaters blasse Rechte fest in der Hand. Und an der andern Seite des Lagers lag ihr Schwager Moritz, der Priester. Sonst war niemand zugegen. Es war still in dem Raum. Nur ein Bohrwurm pötte irgendwo in der alten Truhe. Und um das düstere Gerand des aufgehenden Todes flatterte der grelle Schein der Sterbekerze.

Da griff die Hand des Sterbenden zuckend und tastend um sich. Die junge Frau sah den Priester an. Schweigend erhob er sich und drückte dem Sterbenden das große, silbergefaßte Kreuz in die Hand. Dann wollte er die Sterbegebete beginnen, aber ein Blick auf das starre Antlitz und die gebrochenen Augen sagten ihm, daß der Alte schon ausgehitten hatte.

Da traten die drei Männer ein. Leise, ganz leise. Um dem Alten das Sterben nicht schwer zu machen.

„Gommt nur her, ihr könnt ihm nicht mehr!“

Der Vater und Fritz traten an das Sterbebett und blickten auf des Toten friedlich lächelnde Züge. Karl stand da still und stumm. Immer noch hielt seine junge Frau die Rechte des Toten unwillkürlich und starrte in wildem, tränenlosem Weh auf ihn nieder. Da suchte eine heiße, lebende Hand die ihre.

Und die beiden Seiten blühten sich stumm in die Augen. Sahen sich durch die Augen tief in die Seele.

Und verstanden sich. Die Eiseskälte ihres Wehs zerbrach vor dem warmen, liebenden Blick, zerfloß vor ihm in sanfte Tränen, um durch sie allmählich fortgespült zu werden. Denn Mutter und Vater wird das Weib verlassen, und dem Manne anhangen. —

Während die anderen im Sterbezimmer die Leiche mit dem Totengewande helleiteten, fand zwischen Karl und Fritz im Nebenzimmer eine wichtige Besprechung statt.

„Du weißt, Fritz“, begann der Ältere, „daß ich später Vaters Fabrik zu übernehmen denke. Ich habe mich in den ganzen Betrieb gründlich eingelebt und möchte dem alternden Vater eine Stütze sein. Aber zwei Werte zu leiten, von denen jedes die Kräfte eines ganzen starken Mannes in Anspruch nimmt, das ist mir zu schwer. Daher möchte ich in Uebereinstimmung mit meiner Frau, der einzigen Erbin, unsere Pflichten und Rechte an dich abtreten.“

„Ich danke dir recht herzlich, Karl, dir und der lieben Rathilfe, aber ich möchte mir doch gerne — meine Existenz selber schaffen.“

„Ach, geh doch! Du bist genau wie der Vater! Aber würdest du es denn nicht wenigstens uns beiden zuliebe tun können? Wie mühten die Lebensarbeit des toten Vaters so gern in würdigen Händen!“

„Ob ich den Anforderungen entsprechen kann, weiß ich ja nicht. Aber wenn auch ein Dienst damit geschieht — dann mit tausend Freuden!“

Karl reichte seinem Bruder die Hand.

„Du nimmst uns da eine große, schwere Sorge ab, Fritz, und größer noch ist das Opfer, das du uns bringst. Ich weiß, wonach du dich sehnst, das Rathgeber der Hochschule ist dein Ideal. Aber auch hier kannst du edle und große Aufgaben lösen — an Menschen, welche die Sonnenhitze des Lebens nicht kennen und dir dankbar sind für jeden Niststrahl, den du ihrem armen Dasein schenkst!“

„Du hast recht, Karl! Aber der Abschied von meinen Büchern tut mir weh!“

Die Seele jedes Menschen ist ein Buch, das Gottes Geist erdacht und sein Finger geschrieben — weit kumpvoller als alle Werke deiner glänzendsten Autoren. Und nun nochmals vielen, vielen Dank!

Fortsetzung folgt.

Frauen den Beamten des christlichen Gewerkschafts auf der Straße belästigen und in ganz ordinärer Weise nachschreien. Das „Glanzstück“ ihrer Verhörung aber lieferten die bellagerten Leute am Schlußabend. Die christlich organisierten Arbeiter hatten sich zu einer Familienfeier in der Konsumschenke zusammengesunden. Im Verlaufe des Abends versuchten sozialdemokratische Arbeiter wiederholt, in das Lokal einzudringen und die Fester zu stören. Von der Schenke her, wo sich die roten „Freiheitshelden“ postiert hatten, wurden die christlichen Arbeiter und ihre Angehörigen mit Biergläsern beworfen. Als es dann gelungen war, die Röhlinge aus dem Saal zu drängen, eröffneten sie von draußen ein Bombardement mit Bierflaschen usw. auf das Gasthaus und die darin versammelten christlichen Arbeiter und Arbeiterfrauen. Sämtliche Fenster wurden mit Bierflaschen eingeworfen, die aus einer nahegelegenen sozialdemokratischen Wirtschaft herbeigeholt wurden. Mehr als zwanzig Revolvergeschosse wurden durch die Fenster in das Lokal abgeschossen. Dabei wurde geschrien: „Die schwarzen Hunde müssen sich noch in Blut baden, geht's auf, ihr schwarzen Hund, nach seids alle hin“. Das ganze Auftreten der „Genossen“ zeigt, daß es sich bei dem Ueberfall um einen wohlüberlegten Plan handelte. Eine Anzahl Personen sind mehr oder minder schwer verletzt worden. Daß kein größeres Unglück vorlam, ist der Besonnenheit der christlichen Arbeiter zu verdanken. Am Neujahrstag hat die Gendarmerie 23 der Röhlinge verhaftet, weitere Verhaftungen stehen bevor.

Die armen Bevorgelassenen sind nur das Opfer der sozialdemokratischen Verhörung. Die „Erzieher“ sollten darum mit verantwortlich gemacht werden.

Gegen sozialdemokratische Monopolverträge. Der engere soziale Ausschuss des sächsischen Landesverbandes evangelischer Arbeitervereine veröffentlicht nachfolgende Resolution:

Der Landesverband Evangelischer Arbeitervereine im Königreich Sachsen lenkt die Aufmerksamkeit aller bürgerlichen Kreise auf die Tatsache, daß neuerdings die sozialdemokratischen Gewerkschaften dadurch ihre Macht zu vergrößern bestrebt sind, daß sie Tarifverträge mit Arbeitgeberverbänden abschließen, kraft welcher nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter von der Beschäftigung in den Betrieben der vertragschließenden Unternehmer ausgeschlossen werden. Wußt es schon wundernehmen, daß Arbeiterorganisationen derartige Verträge vorzulegen den Mut haben, so ist unsere Entrüstung darüber noch viel größer, daß Arbeitgeberorganisationen um des lieben Friedens willen vor der gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokratie die Waffen strecken, obwohl sie von der politisch organisierten Sozialdemokratie nach wie vor aufs heftigste bekämpft werden. Wir richten die erste Bitte an die Unternehmer, allen Versuchen von sozialdemokratischer Seite, ihnen solche Tarife auszuhandeln, mit größter Entschiedenheit zu begegnen und hegen die bestimmte Erwartung, daß alle Kreise des Bürgertums — ganz gleich welcher Parteirichtung sie angehören — die nicht sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen in ihrem Kampf um Entwicklungsfreiheit unterstützen möchten.

Im Kürschnergewerbe Rötthas (Sachsen) tobt z. Bt. noch ein hartnäckiger Kampf um einen sozialistischen Monopolvertrag.

Dazu schreibt man uns: „Die Aufklärung der Öffentlichkeit über die sozialdemokratischen Monopolbestrebungen seitens des evangelischen Landesverbandes ist ja recht gut und begrüßenswert, aber den Worten müßte in den evangelischen Arbeitervereinen Sachsend mehr die Wirkliche, fruchtbringende Tat folgen, das entschiedene, rückhaltlose Eintreten für die christlichen Gewerkschaften. In weiten Kreisen des evangelischen Volkes Sachsens ist man ganz auf dem verkehrten Wege, um zur Bildung eines widerstandsfähigen Damms gegen die rote Schlammflut zu kommen. Weber kann mit den „Gelben“ noch mit den fast- und kraftlosen Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Sozialdemokratie und ihren Machtgelüsten erfolgreicher Widerstand geleistet werden. Dazu gehört eine Bewegung mit gesunden Grundlagen und mit Prinzipien, die auf die Arbeiter dauernd eine Werbestraft ausüben können, eine Bewegung mit dem Willen ehrlicher Arbeiterinteressenvertretung und mit einem kräftigen Rückhalt im ganzen Reiche. Auch ist vor allem mit einer rücksichtsvollen, entgegenkommenden Haltung den sozialdemokratischen Organisationen nicht beizukommen. Daß in kirchlichen Organisationen in Sachsen und anderwärts sozialdemokratische Arbeiter sitzen, ist doch etwas stark. Es müßte mal überall eine frische Zugluft hindurchwehen und ein kräftiger Besen durchfegen, um eine gründliche Säuberung und Scheidung zu treffen. Dann würde man weiter kommen.“

Die Erfolge der Streiks. Die Streitfrage, ob die Erfolge der Streiks wachsen oder abnehmen und andererseits, ob die Ausperrungen im ganzen immer mehr mislingen oder ihren Zweck mehr erreichen, wird zur Zeit mal wieder in einem Teile der bürgerlichen Presse eifrig ventilert. An der Hand einer Menge Zahlen wird „bewiesen“, daß die erfolgreichen Streiks von Jahr zu Jahr abnehmen und die für die Unternehmer erfolgreichen Kämpfe häufiger werden. Dazu wird dann noch bei den für die Arbeiter erfolgreichen Streiks der erzielte Gewinn auf den Lohnverlust und die Streikunterstützung umgerechnet, um einen tatsächlichen gelblüchigen Ausfall für die Arbeiter auch bei den erfolgreichen Kämpfen herauszurechnen. Das ist nun ein so plumpes und nichtsjagerisches Zahlenpiel, daß es gar keiner Besprechung wert ist.

Die erste Frage, ob die Streiks und Ausperrungen für die Arbeiter günstiger oder ungünstiger würden, wird

von Professor Biemer in dem Wörterbuch der Volkswirtschaft behandelt und zwar in dem Sinne, daß der Erfolg der Streiks für die Arbeiter abnahme. Er kommt zu dem Rechenresultat, daß 1900 nur 45,6% der Kämpfe für die Arbeiter erfolglos waren, 1908 dagegen 52,3%. Schon eine einzige Tatsache zerlegt die Beweiskraft des Zahlenspiels des Herrn Professors total. Die hohen Fesseln der erfolglosen Streiks stammen sämtlich aus einer Zeit sehr schlechten Geschäftsganges, in den Jahren guter Konjunktur, dagegen 1904—1906 endeten weit über 60% der Streiks zugunsten der Arbeiter; die Zahl sinkt dann wieder mit dem Jahre 1907/8, wo das Gewerbe bekanntlich sehr darniederlag. Also allein schon der Umstand der wechselnden Konjunktur verbietet einen Gebrauch der Fesseln zur Beurteilung der Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften und der Brauchbarkeit des Streiks im Sinne der hier gemeinten bürgerlichen Rechenerlei. Uebrigens weiß jeder Praktiker, daß gänzlich erfolglos selten ein Streik endet; ist er abgeschlossen worden ohne direkte Anerkennung der Arbeiterforderungen, dann sind doch fast immer Vorteile grundsätzlichen Charakters und für die Zukunft in der Regel auch noch materielle Vorteile erreicht worden.

Aber es kommt folgendes hinzu. All die „Beweise“ in der Presse stützen sich auf die amtliche Streitstatistik, die durchaus unvollkommen und fast gänzlich unbrauchbar ist. Die Statistik wird im einzelnen durch die örtliche Polizeibehörde gemacht, und was dabei herauskommt, ist gar keine Frage, namentlich, da auch das ganze Ermittlungsverfahren noch danach ist. In der amtlichen Statistik für 1907 fehlten sogar rund 500 Streiks. Eine solche Statistik zugrunde legen, heißt zu Trugschlüssen kommen müssen. Nach einer sorgsam zusammengestellten Statistik der christlichen Gewerkschaften sieht das Bild so aus:

Be- richts- jahr	erfolgreich		erfolglos	
	%	%	%	%
1903	54	20	74	26
1904	62	22	84	16
1905	50	25	75	25
1906	42	36	78	22
1907	37	41	78	22
1908	34	36	70	30
1909	40	34	74	26
Durchschnitt	43	33	76	24

Das Bild ist also ein wesentlich anderes, als jenes der allgemeinen Streitstatistik! Wenn man die vorhergehend bezeichneten Wenderungen in der Konstellation auf dem Wirtschaftsmarkt, insbesondere das äußerst starke Anwachsen der Arbeitgeberverbände berücksichtigt, so ergibt sich als Gesamtergebnis, daß sich die Verhältnisse durchaus nicht so wesentlich zu Ungunsten der Arbeiter verschoben haben.

Noch ein früher Streiks gewonnen werden: ein Tarifvertrag bestand nicht, die Organisationen waren damals weniger stark als heute, so daß der Unternehmer im folgenden Jahre das wieder an Lohn reduzierte, was er im Jahre vorher zugegeben hatte. Wenn heute die Gewerkschaften Erfolge erringen, dann sind sie sicherer und viel bedeutender im Vergleich zu den Erfolgen vor zehn oder acht Jahren. Man denke nur an den riesigen moralischen und materiellen Erfolg des Bauhandwerkerkampfes.

Sozialdemokratie und Tarifverträge. Mit seiner Stellung zu den Tarifverträgen treibt ein großer Teil der sozialdemokratischen Presse ein echtes Heuchlerpiel.

In mehreren sozialdemokratischen Blättern wurde unlängst eine Uebersicht über die Tarifverträge im Jahre 1909 gegeben und bei der Gelegenheit ihr Lob in den schönsten Worten besungen. U. a. hieß es da: „Die Gewerkschaften haben ein so breites Fundament gemeinnütziger Tätigkeit unter sich, daß sie keinen Wertes den Einwänden der Arbeiterfeinde standhalten vermögen. Eine Million Arbeiter in tariflich geregelten Verhältnissen, — das bedeutet die Sicherung der wirtschaftlichen Lage von drei bis vier Millionen Einwohner, das bedeutet die Vermeidung von zahllosen Differenzen, die zu Rechtsstreitigkeiten und Ausständen führen würden, das bedeutet endlich ein gewaltiges Stück Erziehung von Arbeitern und Arbeitgebern, für die der Staat den Gewerkschaften nicht genug dankbar sein kann.“

Das sind recht vernünftige Worte, von denen man jedoch nicht annehmen kann, daß sie der ganzen sozialdemokratischen Presse ehrlich gemeint sind. Im Gegenteil, die Abneigung der Sozialdemokratie gegen den Tarifvertrag ist in letzter Zeit wieder deutlich zum Ausdruck gekommen. Früher hat die „Leipziger Volkszeitung“ und mit ihr mehrere Blätter gleicher Gesinnung den Tarifvertrag geradezu zum Teufel gewünscht. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der „freien“ Gewerkschaften hat wiederholt erklärt, daß es den Tarifvertrag nur betrachte als eine Etappe auf dem Wege zum sozialistischen Endziel. Und erst kürzlich machte das Organ des sozialdemokratischen Zimmererverbandes mit aller Offenheit seine Beser gegen den Tarifvertrag scharf, ohne von anderen „freien“ Gewerkschaftsblättern ernstlichen Widerspruch zu erfahren. Der „Bereitsangeiger“, das Organ des „freien“ Malerverbandes, betrachtet die ganze Tariffrage vom Standpunkte der Taktik, vom Standpunkte der Machtgewinnung für die Organisationen. Wenn die Gewerkschaften so stark wären, daß sie dem Unternehmer die Bedingungen der Arbeiter aufzwingen könnten, sei es Unfug, noch für Tarifverträge zu plädieren. Tatsache ist, daß gerade in letzter Zeit die Gegner langfristiger Tarifverträge

innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung stark an der Arbeit sind und immer mehr an Anhang gewinnen. Die sozialdemokratische Presse treibt also ein Versteck- und Heuchlerpiel, wenn sie das Lob der Tarifverträge so rückhaltlos in allen Tönen singt.

Die „Gelben“, auch politische Knechte. Die Drahtzieher der „gelben“ Vereine haben bei der Gründung großen Wert darauf gelegt, die irreführte Arbeitererschaft mit allerlei Sozialdemokratie einzulullen. Auch ihm, so wie es die Sozialdemokratie treibt, wurde nachträglich „gelben“ Lager ein Zukunftsstaat verhießen, allwo es für die seither so „schrecklich verhegte“ Arbeitererschaft nur noch volle Freiheit und großes Glück geben würde. Die eigentliche Absicht, die Arbeitererschaft zu knebeln und sie für gewisse Zwecke dienlich zu machen, wurde klugerweise verschwiegen. Wir hatten diese Absichten schon im voraus durchschaut und heute liegen sie klar vor uns.

Die deutsche Arbeitererschaft schaffte sich in den Gewerkschaften ein Mittel, um gegen die Mißstände im Arbeitsverhältnis Stellung nehmen zu können und auch, um ein Gleichgewicht herzustellen gegenüber den gut organisierten Arbeitgebern. Wer wollte das der Arbeitererschaft verargen? Die Zeiten des Patriarchalismus waren vorbei, die so übermäßig schnelle Entwicklung unserer Industrie hatte kolossale Schäden für die Arbeitererschaft mit sich gebracht, deren Abstellung die Herren Arbeitgeber einfach ablehnten. Wie viele Arbeiter, die sich über dieses oder jenes beschwerten, wurden verläßt, beschimpft, bestraft oder entlassen. So wurden und werden heute noch viele behandelt. Was lag da näher, als der Zusammenschluß in gewerkschaftlichen Organisationen.

Die Unternehmner aber erblickten in diesem Zusammenschluß eine „schwere Gefahr“, nicht für die Arbeiter, sondern für die Arbeitgeber selbst. Um diese Gefahr abzuwenden, grändelte man neben der Anwendung vieler anderer Mittel „gelbe“ Werkvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.

Der zweite Beweggrund für die Gründung der „Gelben“ liegt auf politischem Gebiete. Die Arbeitgeber brauchten auch eine Säulenkolonne von politischen Söldlingen, die ihnen zur Erreichung ihrer politischen Zwecke behilflich sein kann. Die Augsburger „gelben“ Arbeiter wurden schon bei den Reichs- und Landtagswahlen im Jahre 1907 aufgeführt, auch ihre politischen Rechte an die Arbeitgeber abzutreten. Damals hieß es:

„Wir schlagen unseren Mitgliedern vor und legen es unseren Kollegen in ihrem eigenen Interesse dringendst ans Herz, den von der liberalen Partei vorgeschlagenen Herrn Dr. F. Thoma, Rechtsanwalt, zu wählen.“

Das war bei der Reichstagswahl, während später bei der Landtagswahl die „Gelben“ ebenfalls wieder dringend angewiesen wurden, die verschiedenen Versammlungen der liberalen Partei fleißig zu besuchen. Herr Dr. Thoma aber hat sich seinen gelben Wählern gegenüber sehr undankbar erwiesen. Im Landtage schämte er sich ihrer und schüttelte und mit ihm die gesamte liberale Partei sie von den Rockschößen ab.

Im Westen unseres Vaterlandes wurden erst unlängst noch die „Gelben“ als politische Knechte „redlich“ mißbraucht. Bei den Stadtratswahlen in Essen erließ der Vorstand des Werkvereins der Firma Krupp folgende Aufforderung:

„Das Ehrgefühl, die Selbstachtung und das Solidaritätsgefühl gebieten es den Mitgliedern unseres Werkvereins somit von selber, die von diesen Parteien (Zentrum, Christlich-soziale und Sozialdemokratie) aufgestellten Kandidaten nicht zu wählen. Unsere Mitglieder dürfen nur solche Kandidaten wählen, von denen sie wissen, daß sie unserer Bewegung sympathisch oder doch zum mindesten wohlwollend neutral gegenüberstehen. Wenn diese Selbstverständlichkeit nicht einleuchtet, von dem verlangen wir, daß er noch vor der Wahl unserm Verein den Rücken kehrt. Er steht sonst in Gefahr, daß er nach der Wahl hinausgegangen wird.“

Wir fordern deshalb alle unsere wahlberechtigten Mitglieder in Essen-West auf, nicht nur einmütig die vier Kandidaten zu wählen, sondern auch nach Kräften für deren Wahl zu werben.“

Wo der Terrorismus vor der Wahl nicht geblieben hat, wird er nachher um so schärfer angewandt. Dieser Tage wurde vom Werkverein wieder eine Bekanntmachung rundgeschickt, wonach alle die aus dem Verein herausgeworfen sind, die ihre politische Ueberzeugung und ihre Grundsätze nicht für die paar Groschen der „gelben“ Kasse und für die Gunst der Herrn Direktoren verkaufen wollten. Es wird nicht lange dauern, dann wird man ihnen auch sagen, daß keine Arbeit mehr für sie vorhanden ist. Damit verlieren sie natürlich sämtliche Ansprüche an die Kasse; ja mancher wird dann Hunderte Mark in der Kruppschen Werkspensionskasse fressen lassen.

Von Interesse ist noch folgende Tatsache: In Essen standen die prinzipienfesten „Genossen“ in einer Front mit den „Gelben“. — Bei der Gewerkschaftswahl auf der Burbacher Hütte in Saarbrücken stellten die „Genossen“ keine eigenen Kandidaten auf, zwei „Sozis“ wurden mit auf die Werksliste genommen und von den „Gelben“ flott gewählt. Was will man mehr?

Worte und Taten sind bei der Sozialdemokratie oft sehr verschieden, stehen sich bei ihnen nicht selten diametral gegenüber. Ueber die Besitzer des Kapitals wird nur in der schärfsten und verächtlichsten Weise geschrieben, die christlichen Organisationen verurteilt man mit Borslie als „Söldlinge des Kapitalismus“. Und selbst ist man in der Praxis gar nicht so zimperlich und nimmt den schönsten Mannen, wo er nur zu haben ist. Kürzlich war in einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart von einem Redner behauptet worden, die

„Sozi“ hätten für ihr Gewerkschaftshaus von Großbrauerei-Kapitalsgnaden eine Hypothek von 100000 Mark erhalten. Daher sei auch der auffällige sozialdemokratische Umfall in der Bierbohlottfrage zu erklären. Ein „Obergewinn“ strengte daraufhin gerichtliche Klage an, um sich — den Wahrheitsbeweis vor Gericht liefern zu lassen. Der Beklagte wurde freigesprochen, während der Kläger vor Gericht selbst eingestehen mußte, daß Verbindungen zwischen Großkapital und Sozialdemokratie vorhanden sind. In der Theorie schimpft man über die Kapitalisten, in der Praxis weiß man sie zu benutzen, getreu dem Sprüchlein: Geld riecht nicht.

Aus unserer Industrie.

Die Erneuerung des Juteverbandes.

Nach langwierigen Verhandlungen, deren Ergebnis noch bis ganz zuletzt völlig zweifelhaft erschien, ist am 30. Dezember 1910, ein Tag vor dem Ablauf des Vertrages, der Verband der deutschen Juteindustriellen auf fünf Jahre erneuert worden. Der in der gegenwärtigen Form seit dem Jahre 1905 bestehende Verband erfährt, nach der „Frankf. Zeitung“, insofern Erweiterung, als ihm künftig nicht nur die Spinnereien, sondern auch diejenigen Fabriken angehören werden, die selbst nicht spinnen, sondern nur weben.

Die Schwierigkeiten bei den Erneuerungsverhandlungen lagen auch in diesem Falle hauptsächlich auf dem Gebiete der Frage der Beteiligung und der ferngebliebenen Werte. Mit dem seither bedeutendsten der letzteren, der Firma Max Bahr, Jutespinnerei und Weberei, Flan- und Sackfabrik in Landsberg a. W., wurde eine Vereinbarung getroffen, die zwar einen vollen Anschluß nicht bedeutet, doch gegen das seitherige Verhältnis einen wesentlichen Fortschritt darstellt. Als einziges eigentlich ferngebliebenes Werk ist lediglich eine kleinere, für den deutschen Markt kaum bedeutende Firma verblieben. Der neue Juteverband umfaßt somit etwa 95—98% sämtlicher deutscher Webstühle und Spindeln. Er ist einer der wenigen Verbände, der die Preise der Lage des Weltmarktes angepaßt hat, so daß seine Erneuerung auch die Verbraucher nicht unangenehm berührt. Im übrigen ist dem Verbands durch den Wettbewerb am Weltmarkt, der namentlich von Kalkutta ausgeht, auch eine natürliche Grenze gezogen, so daß die Verbraucher selbst dann übermäßige Verteuerung ihres Bedarfes nicht zu befürchten haben, wenn wirklich Anlässe dazu sich zeigen sollten. Gegenwärtig ist das Geschäft bekanntlich flau.

Kurssteigerungen der Aktien der Kammgarnspinnereien.

So hoch wie Ultimo Nov. stand der Durchschnittskurs der Kammgarnspinnereien im ganzen vergangenen Jahre noch nicht. Auch im Vorjahre hat nur ein einziger Monat, und zwar der Monat Dezember, einen noch höheren Kursstand als der Ultimo November v. J. gebracht. Bei zehn Kammgarnspinnereien nämlich, deren Aktien an deutschen Börsen gehandelt werden und deren Nominalkapital von 49,42 Millionen Mark in den Jahren 1908 und 1909 auf 50,02 Mill. im vergangenen Jahre hinausging, betrug der Durchschnittskurs Ultimo Oktober v. J. 178,39 und ging auf 181,26 Ultimo November hinauf. Ultimo Januar betrug er 180,32, ging allmählich bis auf 170,90 Ultimo Juni zurück, stieg sodann unter Schwankungen bis auf 179,57 Mitte Oktober, um nach nochmaligem Rückschlag auf 181,26 hinaufzugehen. Ultimo November 1909 stellte er sich auf 177,41, Ultimo November 1908 aber betrug er nur 152,68. Seit damals ist also eine überaus kräftige Wertsteigerung des in Kammgarnspinnereien verbenden Kapitals zu verzeichnen. Von Oktober auf November v. J. haben einzelne Werte eine ganz besonders kräftige Steigerung anzudeuten, und zwar stieg der Kurs der Kammgarnspinnerei Störz u. Co. von 208,50 auf 219,00, der der Kammgarnspinnerei Bernshausen St.-A. von 158,75 auf 161,00, der Kurz-Alt. von 177,50 hinauf, der der Zw. Alt. Kammgarnspinnerei stieg von 232,00 auf 243,00. Mit dem gleichen Termin der Vorjahre verglichen, gestiegen sich die Kurse der Aktien der nachstehenden Kammgarnspinnereien Ultimo November wie folgt:

	1908	1909	1910
Augsburger Kammgarnspinnerei	215,00	258,00	261,00
Kammgarnspinnerei Leipzig	162,50	181,00	184,25
Störz u. Co.	165,00	198,50	219,00
Bernshausen St.-A.	117,00	142,00	161,00
Bernshausen B.-A.	145,00	167,00	181,75
Sächl. Kammgarnspinnerei Solbrig	94,90	127,50	134,75
Zwickauer Kammgarnspinnerei	165,00	193,00	253,00

Nur bei der Augsburger Kammgarnspinnerei bleibt der vorjährige Novemberkurs hinter dem vorvorjährigen zurück.

Stand der ägyptischen Baumwollenernte im Oktober 1910.

In Unterägypten war die Witterung im Oktober günstig und beschleunigte das Aufbrechen der Kapselfrucht der zweiten Pflanze, welche befruchtigende Resultate ergeben hat. In den wärmeren und jählichen Provinzen fand die erste und zweite Pflanze ohne Unterbrechung und fast gleichzeitig statt. Die Erträge bei der Erntebeginn sind 1—3 Prozent größer als im Vorjahr. Das die dritte Pflanze anbaut, war sie sehr ungleichmäßig und im allgemeinen von geringer Bedeutung.

In Oberägypten und Fayoum war die Witterung während der ersten Hälfte des Monats Oktober nicht sehr günstig, da die Nächte kalt waren und reichliche Nieder-

schläge fielen. In der zweiten Hälfte war aber die Witterung ziemlich warm. Im allgemeinen hat Oberägypten und Fayoum pro Feddan ungefähr die gleichen Resultate erzielt wie im Vorjahr, indes wird der Ertrag bei der größeren Unbaufläche etwas größer ausfallen. Die dritte Pflanze wird unbedeutend sein. Alles in allem sind nach den vorliegenden Berichten gute Resultate zu erhoffen und kann die Ernte auf ungefähr 7 Millionen Kantar geschätzt werden.

Das Textilgewerbe im Jahre 1910.

Preisschwankungen, wie sie selbst am Markt der Textilrohstoffe zu den Seltenheiten gehören, haben im Jahre 1910 bewirkt, daß sich die für das Textilgewerbe anfänglich sehr günstige Konjunktur im Verlaufe des Jahres nicht ganz zu halten vermochte. Beschäftigungsgrad und Arbeitsmarkt, die zu Jahresbeginn eine erfreuliche Aufwärtsbewegung zu verzeichnen schienen, büßten mit dem Vorrücken des Jahres immer mehr an Kunst ein und erst in Ausgang des Jahres sah es wieder hoffnungsvoller im Textilgewerbe aus. Wäre der Konsum im Berichtsjahre schon wieder so gestärkt gewesen, daß er ohne weiteres höhere Preise für Gegenstände der Bekleidung hätte bewilligen können, so würde die Preishaussee am Rohstoffmarkt, die besonders stark am Baumwollmarkt hervortrat, den Beschäftigungsgrad beeinträchtigt haben. Da aber der Konsum anfangs noch zur Zurückhaltung gezwungen war, so mußten die Rohstoffbezüge eingeschränkt werden, und tatsächlich ist auch die Koststoffversorgung unter dem Einfluß der hohen Preise auffallend zurückgegangen.

Wie scharf die Preishaussee am Baumwollmarkt, die am schärfsten in den ersten Monaten des Jahres war, das gesamte Preisniveau beeinflusste, das zeigt sich, wenn man den Durchschnittspreis der ersten elf Monate beider Jahre berechnet. Danach stellte sich der Preis für einen Doppelzentner Rohbaumwolle, Middling Upland, in Bremen im laufenden Jahre auf 151,59 M. gegen 116,90 M. im Vorjahre; für Good Downwatter 2 betrug er 110,85 gegen 90,66 M. und für New-Orleans Middling Liverpool. M. stellte er sich nach Hamburger Notierung auf 151,63 gegen 116,47 M. Bei Wolle ist die Steigerung einzelner Sorten auch sehr stark gewesen; der Durchschnittspreis für gewaschene Buenos Aires, prima, stellte sich in Bremen auf 435,46 Mark pro Doppelzentner, gegen 405,85 M. im Vorjahre. Der Januar hatte einen Preis von 440,— M. gegen 380,— M. im Vorjahre gebracht. In München kostete süddeutsche Schafereiwolle mittel 1910 durchschnittlich 313,18 M. gegen 310,— M. im Vorjahre. Bei Seide blieb der Preis ziemlich kräftig hinter dem vorjährigen zurück, erst die letzten Monate haben eine leichte Aufwärtsbewegung gebracht.

Aus dieser kurzen Darstellung der Preisbewegung läßt sich ohne weiteres schließen, daß der Rohstoffbezug der Textilindustrie sich im Berichtsjahre wieder wesentlich verteuert hat. Nur durch eine außerordentliche Zurückhaltung brachten es die Verarbeiter fertig, daß die gesamte dem Ausland bezahlte Summe doch noch hinter der des Vorjahres zurückblieb. Die Menge der Mehreinfuhr von Textilrohstoffen aller Art stellte sich in den ersten elf Monaten d. J. insgesamt nur auf 6819969 D., während sie in der Vergleichszeit des Vorjahres 7824334 D. betragen hatte. Der Rückgang beläuft sich auf 1004365 D. Die gesamte Wertsumme der Mehreinfuhr stellt sich in der nämlichen Zeit auf 888,17 Mill. M., während sie im gleichen Zeitraum 1909 973,42 Mill. M. betragen hatte.

Trotz der ziemlich schwierigen Lage der Textilindustrie im Jahre 1910, die auch das Kursniveau der Textilwerte unter Schwankungen etwas zurückgehen ließ, wurden doch beträchtlich größere Kapitalsummen als im Jahre 1909 neu investiert. Der gesamte durch Neugründungen, Umwandlungen und Kapitalerhöhungen dem Gewerbe nominell neu zugeführte Betrag stellte sich bei Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. in den ersten elf Monaten d. J. auf 47,42 Mill. M. gegen 37,14 Millionen in der Vergleichszeit 1909. Die Unternehmungslust wurde zweifellos dadurch sehr angeregt, daß die Aktiengesellschaften der Textilindustrie im letzten Geschäftsjahre mit sehr befriedigenden Ergebnissen gearbeitet hatten. Bei 273 Betrieben mit einem Aktienkapital von 489,36 Mill. M. im Jahre 1908/09 und 500,43 Mill. M. im Jahre 1909/10 betrug die Dividende aus Aktienkapital im Jahre 1909/10 durchschnittlich 9,6 Prozent gegen 8,0 Prozent im Jahre 1908/09. Es ist also eine merkliche Steigerung erfolgt.

Die moderne Theaterdecoration und die Textilindustrie.

(Nachdruck verboten.)
 at. Schon seit mehreren Jahrzehnten hat es die Textilindustrie verstanden, sich der Theaterdecoration unentbehrlich zu machen. Im zweiten Jahrzehnt vor unserer Zeitrechnung bediente sich das römische Theater bereits des Vorhangs, der damals aus einer Vertiefung „angezogen“ wurde. Auf Zeug gemalte Stoffen, Hintergrund und Kulissen verlangte in der uns jetzt geläufigen Weise zuerst die italienische Oper um das Jahr 1600. Einen bedeutenden Fortschritt bezuglich der Feuerfesterheit der auf der Bühne zur Verwendung gelangenden Gewebe bildete die Einführung der Asbestfaser. Das Imprägnieren von Stoffen mit Wasserglas dient gleichem Zweck und hat sich gleichfalls als sehr wirksam erwiesen.
 Die Fäden, gemalten Kulissen und Verhängen genügen aber dem modernen Geschmack nicht mehr. Das Publikum ist nicht mehr so genügsam und phantasierend wie zur Zeit der Shakespeare-Bühne, auf der eine einfache Tendierung des Schauplatzes die Zuschauer veran-

lasste, sich denselben selbst vorzustellen. Das moderne Publikum verlangt nach Realität in Darstellung und Dekorations. Es will z. B. keine gewaltigen Bäume mehr haben, sondern schön modellierte Stämme mit rauschenden grünen Blättern; es will nicht mehr die kalten Bretter, „welche die Welt bedeuten“, vor sich sehen, sondern verlangt, wenn die Szene im Freien spielt, grünen Rasen, in den der Fuß des Schauspielers wirklich einsinkt, oder etwa einen getreu nachgebildeten Kiesweg und bergleichen. Und zu all diesen naturalistischen Effekten verhilft dem Theater die Textilindustrie.

Als Max Reinhardt am Deutschen Theater den „Sommertraum“ neu inszenierte, da hob auch das Ausland es rühmend hervor, bis zu welchem Grade getreu diese Inszenierung war. U. a. erwähnte U. Keane in „Scientific American“ die Tatsache, daß die Bäume, zwischen denen der nettsche Puck sein Wesen treibt, aus Holzstämmen bestanden, die mit einem aufs genaueste die Rinde imitierenden Gewebe bekleidet waren. Die reichenden Blätter waren aus gepreßten, lackierten und richtig eingefärbten Stücken Baumwollstoff gefertigt und sorgsam auf den Zweigen und Ästen befestigt. Die Fiedersträucher in einem anderen Stück waren gleichfalls Produkte der Textilindustrie. Blätter und Ähren bestanden aus Stoff, während die Stengel aus getreu modellierten und bemalten Baumwollstücken hergestellt waren. Das Moos am Fuße der Bäume war gleichfalls auf dem Webstuhl hergestellt und danach gefärbt worden, so daß es in seinem zarten, samtartigen Grün von absolut natürlicher Wirkung war. Die Gras- und Rasenteppiche werden auf dem Blüsch-Webstuhl gewebt, wie auch die Korngelder, zu deren Herstellung eine besondere Art Bast Verwendung findet. Schnee wird mittels Watte vorgetäuscht, und den Sandigen Strand am Ufer des Meeres bilden Teppiche, welche in Farbe und Körnung aufs genaueste den Sand imitieren. Wenn ein geschickter Regisseur all diese Mittel genial zu verwenden und sich dabei auch noch die mannigfachen, durch die moderne Beleuchtungstechnik gebotenen Lichteffekte zunutze zu machen weiß, so kann er verblüffend natürliche Wirkungen damit hervorbringen.

Bekannt sind die „Wollenschleier“ der modernen Bühnen, deren sich in besonders reichem Maße Richard Wagner in seinem „Ring des Nibelungen“ bedient. Sie bestehen aus Gazevorhängen, die so bemalt sind, daß sie feinen Nebel oder dicke Wollmassen darstellen. Das Feuer, wie es z. B. in Wagners „Rheingold“ in Nibelheim auf der Szene lodert, wird einzig noch in Bayreuth durch natürliche Flammen dargestellt. Auf den übrigen großen Bühnen treten an die Stelle derselben flatternde, grell beleuchtete feuerfarbene Bänder, und es bedarf tatsächlich großer Aufmerksamkeit, um die Täuschung herauszufinden; — wieder ein Effekt, den das Theater der Textilindustrie verdankt. Auch zu dem Apparat, mittels dessen das Heulen und Pfeifen des Sturmwindes hervorgerufen wird, hat sie das ihrige beigetragen. Derselbe besteht aus einer Art Trommel aus Latten, deren scharfe Kanten über straffgezogenen Seiden- oder Baumwollstoff streifen. Hierdurch entsteht der pfeifende Laut des Windes, der sich seiner Stärke nach durch die größere oder geringere Umkehrungsgeschwindigkeit der Trommel genau regulieren läßt.

Weniger bekannt dürfte es sein, daß sich die moderne Bühne auch gewebter — Glasscheiben bedient. Die transparenten Dekorations, welche sie braucht, sind ziemlich zahlreich; früher wurden dieselben aus Glas hergestellt, danach aus Gelatine. Beides erwies sich als unpraktisch. Es wurde zuviel zerbrochen, da ja eine sorgfältige Behandlung, wie sie derartige Dekorations verlangen müssen, in anbeacht des schnellen Szenenwechsels nicht möglich ist. Auch hier sprang die Weberei-Industrie hilfreich bei. Aus sehr dünnem, feinmaschigem Draht werden Platten gewebt, die dann mit einer besonderen weißen, durchsichtigen Gelatine überzogen werden. Die Wirkung von Glas wird auf diese Weise aufs täuschendste erzielt, sogar wenn man die Scheiben aus der Nähe betrachtet.

Noch auf mancherlei andere Weise macht sich die Textilindustrie der Theaterdekorationskunst nützlich; es sei hier nur noch der künstlichen Blumen und der Nachbildung fabelhafter Tiere usw. gedacht. Alles in allem erweist sich die Textilindustrie als eines der wertvollsten, unentbehrlichen Hilfsmittel der modernen Bühnentechnik.

Aus dem Verbandsgebiete.

Geschäftsbericht nebst Protokoll der Generalversammlung.

In schöner äußerer Ausstattung bringt der Zentralvorstand unseres Verbandes seinen Geschäftsbericht, verbunden mit dem Protokoll der Nachener Generalversammlung, in einem stattlichen Bunde von 350 Seiten. An Inhalt bietet es außerordentlich viel wertvolles und interessantes Material. Es beschäftigt sich in sehr lehrreichen Ausführungen mit den Produktions- und Absatzverhältnissen in der Textilindustrie, mit der Organisation der Arbeitgeber und Arbeiter des Gewerbes und mit den Löhnen der Textilarbeiter. Die Ausführungen sind durch eine Menge zahlenmäßiger Darstellungen näher begründet und erläutert.
 Der Teil des Buches, der über die Vorgänge in unserem Verbands in der Zeit vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1910 orientiert, ist nicht minder wertvoll. Er bringt eine Menge von Material über Krankheits-, Sterblichkeits-, Arbeitslosigkeitsverhältnisse der Textilarbeiter, mit Zahlen und bildlichen Darstellungen, teils mehrfarbig, erläutert. Diese graphischen Darstellungen machen die Zahlen für jeden interessant und deutlich. Berichte der

Redaktion der „Textilarbeiter-Zeitung“ und der Sekretariate schließen diesen ersten Teil des Buches ab.

Das dem Geschäftsberichte angehängte Protokoll ist recht interessant und bietet eine Fülle von Gedanken und Anregungen, die in der praktischen gewerkschaftlichen Tagesarbeit gute Dienste tun.

Das ganze, geschmackvoll ausgestattete Buch kostet für die Mitglieder nur 50 Pfennig.

Bestellungen sind sofort zu machen, da nur eine ganz beschränkte Anzahl Exemplare vorhanden ist.

An unsere Ortsgruppen-Vorstände!

Um den Jahresbericht pro 1910, der für uns von besonderer Wichtigkeit ist, rechtzeitig fertigstellen zu können, ersuchen wir die Ortsgruppen-Vorstände, die Abrechnung für das IV. Quartal 1910

so bald als möglich

an die Zentralstelle einzusenden.

Zu den Abrechnungen werden die alten Formulare weiter benutzt. Wo Mitglieder der neuen 10 Pfg.-Klasse vorhanden sind, läßt sich deren Zahl, sowie die Zahl der hierzu gebrauchten Beitragsmarken unschwer in eine nicht benutzte vorhandene Rubrik einreihen, bezw., es kann eine neue Rubrik an die vorhandenen angegeschlossen werden.

Wiederholt und nachdrücklich machen wir darauf aufmerksam, daß für alle im Auftrage der Zentralkasse gemachten Ausgaben

Belege

mit eingesandt werden müssen.

Bei Kranken- und Arbeitslosenunterstützung müssen außer den kleinen Quittungen auch Aufrechnungslisten der Quartalsabrechnung beigelegt werden.

Die Geschäftsstelle.

C. M. Schiffer, Vorstandsvorsitzender. H. Schaffrath, Zentralkassierer.

Inhaltsverzeichnis.

Der dieswöchentlichen Zeitungsaufgabe liegt das Inhaltsverzeichnis unseres Verbandsorgans von dem Jahrgange 1910 bei.

Unsere

Postabonnenten

können gegen Einsendung von 20 Pfg. (in Briefmarken) das Verzeichnis von der Geschäftsstelle in Düsseldorf, Corneliusstraße 66, beziehen.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

M. Gladbach.

Die Bewegung bei der Firma Melde u. Persl ist beendet. Die Firma hat am 31. Dezember 1910, als die Kündigung abgelaufen war, durch den Obermeister erklären lassen, daß sie den früheren Lohn von 75% an zwei Stühlen weiter zahlen wolle.

M. Gladbach.

Ein Nachspiel zu der Bewegung bei der Firma C. Brandts u. Co. Wie unseren Lesern noch in Erinnerung sein wird, hatten die Arbeiter der genannten Firma im letzten Quartal des vorigen Jahres eine Bewegung, die mit dem Abschluß eines Tarifvertrages endete.

Ein Arbeiter klagte am M. Gladbacher Gewerbegericht auf Entschädigung. Das Gericht hielt sich nun ganz an dem Wortlaut des Tarifs, zog mündliche Versicherung des Arbeitgebers nicht in Rechnung und wies auf Grund dieser Beurteilung die Ansprüche des Klägers zurück.

Das hat nun die Firma C. Brandts u. Co. veranlaßt, folgenden „Ukas“ in ihrem Betriebe anzuschlagen:

An unsere Weber.

Das Königl. Gewerbegericht hat in seiner Sitzung vom 29. Dez. 1910 einstimmig entschieden, daß wir den uns wider Willen aufgezwungenen unsinnigen Lohnsatz vom 5. Nov. 1910 in der richtigen Weise gehandhabt haben.

Wir haben diesen Tarif als

Blödsinn

bezeichnet und das Gewerbegericht ist uns insofern beigetreten als es einstimmig erklärte, daß ihm ein solcher Tarif in seiner langen Praxis noch nicht vorgelegen habe und daß es sich so etwas nicht erklären könne.

Die Weber haben mittlerweile am eigenen Fleiß die Wirkungen des Tarifes gespürt und erfahren, welche famosen Verbesserungen er ihnen gebracht hat. Wenn der Tarif nicht noch größeren Schaden verursacht hat, so haben die Weber dies nicht dem Ausschuss, der Lohnkommission und den Gewerkschaften, sondern uns zu verdanken.

Wenn wir die ursprüngliche Form des Tarifs genehmigt und sie nicht aus uns geändert hätten, so würden die Weber

auch auf Mt. Schubert, Cordia, Kanaa, Chies, Nag, Petros, Emil, Kreta, Sork und alle zukünftigen ähnlichen Artikel ein Viertel Pfennig pro 1000 Schuß weniger bekommen, als sie früher hatten.

Und um einen solchen Tarif diese grenzenlose Verheerung, diese große Aufregung und gemeinschaftliche Kündigung, die zu schwerer Schädigung der Firma geführt hat.

Wir wollen nun nicht Gleiches mit Gleichem vergelten und wir wollen trotzdem nicht auf unserem guten Recht bestehen, sondern wir wollen ganz freiwillig und ungezwungen, die zur Zeit in Frage kommenden beiden Artikel höher lohnen, als der Tarif steht.

Von dieser Löhnung an werden wir auf Artikel Satin I und II einen Zusatz von 2 1/2 Pfg. pro 1000 Schuß ganz aus freiem Willen und bis auf Widerruf geben. Wir tun dies aus Rücksicht auf diejenigen Arbeiter, die in gutem Glauben, als handele es sich um wirkliche Verbesserungen, blindlings mitgegangen sind.

Wir haben jüngst schon einmal an den gesunden Menschenverstand appelliert, wir tun es heute wieder und erwarten, daß bei einer etwaigen zukünftigen Bewegung jeder Einzelne die aufgestellten Forderungen genau nachprüft und sich jeder überlegt, ob er auch wirklich Nutzen oder Schaden davon hat.

Wir erwarten ferner, daß bei künftigen Wahlen von Ausschuss- und Lohnkommission, genau wie auch die Gewerkschaften mahnen, nur ruhige vernünftige Leute gewählt werden, die nicht nur mit dem Munde, sondern auch am Werkstuhl etwas leisten.

M. Gladbach, den 31. Dezember 1910.

p. p. Emil Brandts u. Co. W. S. C. Langenberg. Carl Pyro.

Artikel Electoral würde nach dem uns aufgezwungenen neuen Lohnsatz 1/4 Pfg. pro 1000 Schuß weniger austun wie früher.

Wir erklären uns jedoch entgegenkommend freiwillig bereit, bis auf Widerruf nach dem alten Tarif weiter zu lohnen.

p. p. Emil Brandts u. Co. W. S. C. Langenberg. Carl Pyro.

M. Gladbach, den 2. Januar 1911.

Ueber Stil und Ton läßt sich bekanntlich ebensowenig streiten als über Geschmack. Beides ist lediglich eine rein persönliche Angelegenheit. Daum können wir mit dem Verfasser des „Ukas“ über den Ausdruck „Blödsinn“ und andere „Schönheiten“ nicht streiten.

Die Firma bezeichnet damit einen Tarif als „Blödsinn“, dem sie selbst zugestimmt und sogar selbst mit unterschrieben hat. Es hätte doch jedenfalls auch im Interesse und im Ansehen der Firma gelegen, wenn sie diesem „Blödsinn“ nicht noch durch eigene Namensunterzeichnung ihre Zustimmung und ihr Einverständnis gegeben hätte.

Daß das Gewerbegericht erklärt hat, ihm habe in seiner langjährigen Praxis ein solcher Tarif noch nicht vorgelegen, ist in dem wiedergegebenen Wortlaut und Sinn gar nicht richtig. Das Gericht hat u. E. einen Fehlspruch getan, der kommen mußte, sobald es sich ganz klar an dem Wortlaute des Tarifs hielt und nicht mit in Betracht zog, daß der Firmenvertreter mit aller Klarheit und Bestimmtheit gelegentlich des Abschlusses bezw. Verhandels über die Tarifpositionen Versicherungen gegeben hat, die den „Blödsinn“ von Tarif sofort in einem ganz anderen Lichte erscheinen lassen. Die Arbeiter hatten der Firma einen Tarifentwurf vorgelegt, in dem die strittigen Arbeiten berücksichtigt waren. Dieser Entwurf fand keine „Gnade“ vor der Firma. Sie fertigte selbst auf Veranlassung der Vertreter der Arbeiterverbände einen Entwurf an, worin die Arbeiten fehlten. Als bei der Verhandlung Herr Brandts darauf aufmerksam gemacht wurde, gab er zur Antwort, die Arbeiter kämen gar nicht in Frage, sie würden gar nicht mehr gemacht. Infolge dieser Versicherung saßen die Arbeiter und Verhandlungsvertreter von einer Einbeziehung der Arbeiten mit nur grobem Unterschuß ab. Die Arbeitervertreter mußten diesen Versicherungen um so mehr Glauben schenken, als bei einer früheren Verhandlung mit der Firma unser Kollege Hermes ganz unliebsame Erfahrungen machen mußte, als er einer Versicherung des Firmenvertreters nicht gleich unbedingt zustimmte. Die Arbeiter haben also nur deshalb eine Schädigung ihrer Interessen begangen, weil sie den Versicherungen des Herrn Brandts nachgaben; ihre Glaubenszuversicht inbezug auf die Worte des Herrn Brandts hat den „Blödsinn“ von Tarif verschuldet. Unseres Erachtens hätte das Gewerbegericht diese Tatsache berücksichtigen und sich auf den Standpunkt stellen müssen, daß die Entlohnung der strittigen Artikel besondere Vereinbarungen verlange, eine Entlohnung nach den Bestimmungen des Tarifs ganz unstatthaft und deshalb der Anspruch der Kläger zu bewilligen sei.

Was der famose Aufruf „An unsere Weber“ sonst noch enthält von „grenzenloser Verheerung“, „aufgezwungenem Tarife“ usw., beurteilen wir aus der Stimmung heraus, in der sich Herr Brandts wohl befinden mag, ganz milde. Die Bewegung hat ihm ja wenig Freude gemacht, und vielleicht hat sich auch noch bei dem Gewerbegerichtsurteil bei ihm das Gewissen geregt. Sein Vorgehen ist aber jedenfalls mehr als eigenmächtig, namentlich auch, wenn man berücksichtigt, was alles vorher gegangen ist. Ob er sich mit seinem „Ukas“ bei den Arbeitern in ein besseres Licht gestellt hat, wagen wir ganz ernstlich zu bezweifeln. Aus diesem Vorkommnis muß die Arbeiterschaft eine große Lehre ziehen. Sie wird genötigt sein, das gesprochene Wort anders aufzufassen, als bisher. Nach dem Urteile des Königl. Gewerbegerichts ist nur das geschriebene Wort für

Entscheidungen maßgebend. Wäge deshalb in Zukunft kein Arbeitgeber es als eine Beleidigung aufzufassen, wenn die Arbeiter sich den mündlichen Ausführungen gegenüber mißtrauisch verhalten.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Enpen. Alter Verband, gegr. 1896. Die Auszahlung der Sterbeunterstützung an die Angehörigen der verstorbenen Mitglieder, welche 1901 in den Zentralverband mit übergetreten sind, erfolgt am 15. und 22. d. M., morgens von 10 bis 12 Uhr im Verbandslokale, Bergstr. 86.

Gera. Ueber den Geschäftsgang in den hiesigen Betrieben ist in der Presse zu lesen:

„Die Beschäftigung in den Webereien war zu Anfang des Jahres, als man noch für die Sommerzeit zu tun hatte, recht flott, und auch in der sogenannten Uebergangsperiode hatte man nicht über allzugroßen Rückgang in der Beschäftigung zu klagen. Als dann aber die Aufträge für Winter so überaus schleppend und mit so kleinen Stückzahlen einliefen, machte sich bald hier und da Mangel an der genügenden Arbeitsmenge bemerkbar. Zwar konnten noch immer rechtzeitig die Stühle wieder genügend belegt werden, wobei das Geschäft mit dem Auslande des öfteren zu Hilfe kam; jedoch konnte man im Verlaufe der ganzen Winterzeit selten von einem wirklich flottem Geschäftsgange reden. Die Uebergangsperiode zur Sommerzeit gab leider nur zu oft zu Betriebsbeschränkungen Veranlassung. Nachdem man schon für die Winterkampagne nicht viel zu tun gehabt hatte und mit den Aufträgen hierfür bald zu Ende gekommen war, fehlten nunmehr die Aufträge in Stapel, welche die Uebergangsperiode in der Regel ausfüllen. Da dieselben aber diesmal recht lange auf sich warten ließen, standen eine ganz beträchtliche Anzahl Stühle bis spät in den Herbst hinein still; dann aber hatte man auf einmal wieder recht notwendig zu tun bekommen, und es mußte mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet werden, um die nunmehr überfliegenden Aufträge noch einigermaßen zur rechten Zeit zur Ausführung zu bringen. In dieser Zeit machte sich der Mangel an geübten Webern und Weberinnen außerordentlich stark bemerkbar, zumal da unter den bestellten Sachen die komplizierten Seidenartikel, deren so schwierige Herstellung nur gut geschulten Leuten anvertraut werden kann, einen ziemlich großen Raum einnahmen. Es war daher voranzusehen, daß man besonders hierin nur langsam vorwärts kommen würde. Trotz rechtzeitiger Hinweise hierauf, hat sich aber die Rundschau nur in wenigen Fällen zum rechtzeitigen Bestellen entschließen können.“

Ähnlich wie in den Webereien war es auch in den Färbereien und Appreturanstalten bezüglich der Beschäftigung bestellt. Zu Beginn der Saison hatte man hier recht flott zu tun, und es trat hierin bis zum Ausgang der Winterkampagne auch wenig Minderung ein. Dann begann aber auch hier eine längere Pause in der Beschäftigung, die nur ab und zu eine Unterbrechung erfuhr. So gingen z. B. mit Ausgang des Monats Oktober nochmals größere Aufträge ein, da ja mit dem ersten November ein neuer Preiskurs des Verbandes der Sächsisch-Thüringischer Färbereien G. m. b. H. in Kraft trat, welcher namentlich für die Auslieferung der komplizierten Seidenfachen eine nicht unwesentliche Preiserhöhung eintraten ließ; andererseits hat man aber für den Export nach gewissen Ländern mit für unsere Branche ungünstigen Zollverhältnissen billigere Preise für die Auslieferung der nach dort bestimmten Waren vorgezogen. Man ist sich eben auch in den Färbereibetrieben und Appreturanstalten bewußt, wie wichtig das Auslandgeschäft für unseren Bezirk ist, und steht nicht ab, hierbei auch nach Möglichkeit Opfer zu bringen und die Fabrikanten bei ihrem Kampfe im Ausland mit der dortigen Konkurrenz zu unterstützen.

In den Spinnereien war fortlaufend eine flotte Beschäftigung zu verzeichnen, und die Lieferungen von dieser Seite ließen wenigstens im ersten Semester bisweilen zu wünschen übrig, wogegen man nach dem Ende des Jahres zu auch in diesen Betrieben einen weniger flottem Geschäftsgang zu verzeichnen hatte, jedoch ohne daß man von Mangel an Aufträgen sprechen könnte. Es ist dies lediglich dem Umstande zuzuschreiben, daß infolge der Verzögerungen bei den Saisonbestellungen den Fabrikanten die Grundlage für eine rechtzeitige Garn-Disposition genommen war. Nur die Wulkerzeispinnereien hatten fortgesetzt über eine ganz minimale Beschäftigung klagen zu führen. Leider sind für diese Betriebe die Aussichten für das kommende Jahr auch ziemlich trübe, wenn man auch hier und da den Phantasiestücken in Jacquard etwas mehr Interesse entgegenzubringen scheint.“

M. Gladbach. Die „Christlichen“ in M. Gladbach bei der Arbeit. Man schreibt uns; In Nr. 52 der „Deutschen Textilarbeiter-Zeitung“ (S. 2.) führt sich jemand bemerkt, unter obigem Titel der Arbeit der Christlichen einige mißgelaunte Auerkennung zu sollen. Der Artikelschreiber erfreut sich aber offenbar eines sehr guten Wagens, daß er glaubt, neben den „Christlichen“ auch noch die Kongregationen, den dritten Orden, Kirchenhöfe und die Herren Pastoren in einem Artikel verpöhlen zu können. Dabei bleibt ihm aber schon das Wort „Christlich“ in dem leiblich etwas engen Schilde seines Denkanalens stecken, so daß man es ihm nicht über nehmen darf, wenn er dessen Sinn bis heute noch nicht verstanden hat. Vielleicht kommt ihm der Leitartikel derselben Nummer, der beim Zusammenbrauen seines „sozialen Evangeliums“ das Salz vergessen hat, mit einem Kessel seines Verstandes zu Hilfe — oder mit zwei, wenn er sonst übrig hat.

Wir glauben es übrigens ganz gern, daß es den Herrschaften ungemütlich wird, wenn Kongregation, Kirchenhöfe und dritter Orden anfangen, sich einmal die Wölfe im Schaafspelz genauer anzusehen und sich für den „Sauerkeit der Pharisäer“ höflich zu bedanken — und weil es genannten Institutionen nach der Meinung des enträufelten Inquisitors als Aufgabe zuzuteilen soll, einzig und allein der Religion zu dienen, so muß ihm folgerichtig ein „Hinken nach beiden Seiten“ als mit christlichen Grundprinzip unvereinbar vorkommen; oder sollte der charakterlose Herr Scribent vielleicht anderer Ansicht sein? Freilich, seine Ansichten in dem besagten Artikel sind erst in der Entwicklung begriffen, da muß man manches entschuldigen!

Gronau. Der Obermeister der hiesigen Spinneret „Eilermar“ hatte gegen die Kollegen Lenzing-Vocholt und Sparenberg-Gronau Beleidigungsklage angestrengt und zwar aus folgendem Grunde: In Gronau und seiner holländischen Umgebung wurde unter der Arbeiterschaft ganz allgemein erzählt, daß der Obermeister wiederholt Geschenke von Arbeitern angenommen habe, wodurch diesen bessere Arbeit oder sonstige Vergünstigungen zuteil wurden. Es melbten sich mehrere Arbeiter, die zum Teil selbst daran beteiligt waren, die die Behauptungen eidlich als Tatsache zu erklären sich bereit erklärten. Als auf „Eilermar“ der Kampf ausbrach,

führen in den Mitgliederversammlungen unseres Verbandes sowohl Kollege Lenjing als auch Sparenberg diese Umstände mit als Grund dafür an, daß der Kampf ausbrechen konnte. Der Meister füßte sich getroffen und strengte, wie gesagt wurde auf Verlangen seiner Prinzipalität, Klage an. Die Klage gegen Lenjing wurde in Bocholt, die gegen Sparenberg in Ahaus anhängig gemacht. Es war eine außerordentliche langwierige Sache, indem viel Verhandlungen und ein sehr großer Zeugenaufwand notwendig waren. In Bocholt wurde Lenjing freigesprochen, Sparenberg dagegen in Ahaus verurteilt. Sparenberg legte gegen seine Verurteilung, der Obermeister gegen die Freisprechung Lenjings Berufung ein. Die Berufungsklagen kamen am 17. Dez. 1910 in Münster vor dem Landgerichte zur Verhandlung. Das Gericht hatte beide Berufungen zusammengelegt, da es sich im Grunde um eine Sache handelte. Es waren nicht weniger als 42 Zeugen geladen. Die Verhandlungen gehalten sich recht schwierig, da viele der Zeugen als Holländer der deutschen Sprache nicht mächtig waren und ihre Aussagen, und ihnen die der Richter und Verteidiger, erst übersezt werden mußten. Nach mehrstündiger Beratung kam der Gerichtshof zu folgendem Urteil: Das Urteil des Bocholter Schöffengerichtes wird bestätigt, das von Ahaus aufgehoben. Beide Verklagten sind also freizusprechen. Der Privatkläger hat sämtliche Kosten zu tragen. Das Gericht erachtet den Beweis der beklagten Behauptungen für ganz erbracht. Der Meister hat wiederholt Geschenke in Form von Hafen, Fühnern, Schweinerippchen usw. angenommen und darum ist es berechtigt, anzunehmen, daß die Geschenke dafür bei der Arbeit bevorzugt würden. — Dieser Ausgang des Prozesses bedeutet ein sehr großer Erfolg für unsere gesamte Gronauer Bewegung.

Hechingen. Mitte Dezember fanden hier die Vertreterwahlen zur Fabrikrentenkasse statt, die mit einem glänzenden Siege der Christlichen über die Sozialdemokraten endigten. In der ersten Abteilung, die in mer in den Händen der Sozialdemokraten war, siegte die christliche Liste mit 41 über 28 Stimmen, in der zweiten Abteilung mit 67 über 51 Stimmen und in der dritten Klasse mit 102 über 54 Stimmen. Der Sieg der christlich-nationalen Arbeiterchaft ist uns erfreulich, da die Sozialdemokraten auch den letzten christlichen Vertreter aus der Kasse vertreiben wollten, was ja schon das beweist, daß sie ihre Stimmen gerade verdoppelten, aber auch die Christlichen waren zur Stelle und verdreifachten sie sogar ihre Stimmen. Die Wahlbeteiligung war sehr stark. Während sonst 60-80 Stimmen abgegeben wurden waren es dieses Jahr 388 abgegebene Stimmen.

Kaufbeuren. Hier fanden kürzlich die Arbeitervertreterwahlen statt, welche der christlich organisierten Arbeiterchaft einen schönen Erfolg brachten. Von 24 Arbeitervertretern sind gewählt: 16 christliche Gewerkschafter, 2 sozialdemokratische und 6 indifferente Arbeiter. Von letzteren sind 3 Meister und 3 nichtorganisierte Arbeiter. Dennoch besteht jetzt die Arbeitervertreterchaft zu 1/3 aus organisierten Arbeitern. Die Hälfte der hiesigen Arbeiterchaft ist zudem seit Jahresfrist organisiert. Im letzten Quartal hatten wir wiederum durch Hausagitation einen Zuwachs von 32 Kollegen und Kolleginnen. So hat sich unsere Zahlstelle von ihrem langjährigen Standpunkt einer Mitgliederzahl von 40-50 auf über 200 verdoppelt. Es herrscht ein ruhiges Leben. Möge das neue Jahr einen weiteren Zuwachs bringen, damit bald das angefangene dritte Hundert voll wird. Hoffentlich wird es uns auch möglich sein, in diesem Jahre den Textilarbeitern eine Besserung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bringen.

Soziale Rundschau.

Steht die Behörde über dem Gesetz? Die Arbeiter der Schüttischen Holzindustrie in Ozerl in Westpreußen hielten eine Betriebsversammlung ab, zu der auch die Gewerkschaftssekretäre der verschiedenen Verbände eingeladen wurden. Kurz vor Beginn der Versammlung erschien der Wachtmeister B. und verlangte Zustimmung eines Platzes als Vertreter der Polizeibehörde. Als ihm dies verweigert wurde und B. die Versammlung als aufgelöst erklärte, forderte Kollege Schopohl-Danzig vom christlichen Holzarbeiterverbande die Teilnehmer auf, nicht zu gehen, da die Polizei nicht das Recht habe, eine nicht-öffentliche Versammlung aufzulösen. Später wurden durch den Wachtmeister, der sich inzwischen Instruktionen beim Amtsvorsteher geholt hatte, und einige Gendarmen die Namen einer Anzahl der Teilnehmer festgesetzt, trotz des Protestes des Sch. Der die Teilnehmer nach der Anklage aufsuchte, ihre Namen nicht zu nennen. Dabei ergab sich, daß sechs der Teilnehmer keine Schüttischen Arbeiter waren. Gegen den Kollegen Schopohl wurde beim Schöffengericht Klage wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt erhoben, die Sache später aber an die Strafkammer verwiesen, da das Schöffengericht sich für unzuständig erklärte. Die Strafkammer kam zur Freisprechung. Die Tatbestände sowohl des § 119 des Strafgesetzbuches (öffentliche Aufforderung zum Ungehorsam... gegen behördliche Anordnungen) und des § 111 (öffentliche Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung) seien nicht gegeben. In vorliegenden Falle könne von einer öffentlichen Versammlung keine Rede sein, da lediglich ein individuell begrenzter Personenkreis Zutritt gehabt habe; auch könne insgedessen von einer Aufforderung zur Begehung einer strafbaren Handlung keine Rede sein. Allerdings hätten sich sechs fremde Arbeiter in der Versammlung befunden; aber diese erhalte dadurch noch nicht den Charakter einer öffentlichen, daß sich einige fremde Personen einschlichen.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision beim Reichsgericht ein, die zu einer Aufhebung des Urteils und Zurückweisung an die Vorinstanz führte. Der höchste Gerichtshof begründete seinen Spruch damit, daß allerdings von keiner öffentlichen Versammlung gesprochen werden könne, daß aber die Teilnehmer der Anklage, sich zu entfernen, in jedem Falle, auch wenn die Auflösung zu Unrecht erfolgt sei, hätten Folge leisten müssen. Den Versammelten liege nicht das Recht zu, die Zuständigkeit der behördlichen Anordnungen zu prüfen. Wenn nun der Gewerkschaftssekretär Sch. die Versammlung zum Weiteranfangen aufgefordert habe, habe er sie damit zu einer strafbaren

Handlung im Sinne des § 111 des Strafgesetzbuches aufgefordert. Nach dieser Erklärung des Reichsgerichts dürfen Behörden ungesetzliche Handlungen begehen, Privatpersonen aber, die sich auf das Recht des Gesetzes berufen, sind zu bestrafen, wenn sie Ungehorsamkeiten der Behörden verhindern. Die Strafkammer kommt hoffentlich wieder auf ihr erstes Urteil zurück, da unzweifelhaft auch in Westpreußen das Gesetz mehr gilt, als die Laune behördlicher Organe.

Die Ärzte in den deutschen Großstädten. Nach der „Deutschen medizinischen Wochenschrift“ betrug die Zahl der Ärzte in Deutschland im Jahre 1910 32 449, das sind 480 mehr als im Vorjahre. Auf 10 000 Einwohner kamen 5,01 Ärzte. Die Zunahme entfällt auch diesmal überwiegend auf die Großstädte, 329 von dem Plus von 480 Ärzten. Ihre Zahl betrug in Groß-Berlin 3894, in den übrigen Großstädten 9367. Auf 10 000 Einwohner kamen in Groß-Berlin 12,32, in den übrigen Großstädten 9,10, im übrigen Deutschland 3,74 Ärzte. In den Großstädten kamen auf 10 000 Einwohner:

Wiesbaden	22,6	Kassel	9,7	Machen	7,6
München	16,8	Stuttgart	9,7	Mannheim	6,2
Strasbourg	13,9	Dresden	9,2	Dortmund	6,2
Groß-Berlin	12,3	Danzig	9,1	Altona	5,9
Königsberg	11,3	Braunschweig	8,7	Elberfeld	8,8
Halle a. S.	11,3	Erfurt	8,4	Krefeld	5,6
Kiel	11,5	Leipzig	8,3	Chemnitz	5,6
Frankfurt a. M.	11,5	Nürnberg	8,1	Worms	5,3
Breslau	11,3	Bremen	8,1	Bochum	5,0
Hannover	11,1	Magdeburg	8,0	Hauen	4,8
Posen	10,6	Stettin	7,7	Essen	4,5
Karlsruhe	10,1	Düsseldorf	7,7	Duisburg	4,3
Köln	9,8	Hamburg	7,7	Wiesbaden	4,0

Die Zahl der Ärztinnen ist erheblich gestiegen; während 1908 55 und 1909 69 verzeichnet waren, sind es jetzt 102 Ärztinnen: davon kommen auf Berlin 32 (1909 21) München 6 (wie im Vorjahre), Frankfurt a. M. 6 (1909 5), Dresden 6 (4) und Hamburg 4 (wie im Vorjahre). In zehn Städten sind zwei Ärztinnen aufgeführt, in 28 Gemeinden je eine. Die Zahl der weiblichen Medizinstudierenden ist von 371 auf 512 gestiegen.

Die sozialdemokratische Presse zählt augenblicklich nach einer durch dieselbe gehenden parteioffiziellen Notiz im ganzen 116 016 Abonnenten, die sich auf 78 Blätter verteilen. Da nach einem offiziellen Bericht vom Jahre 1904 die damalige Abonnentenziffer 599 880 betrug, so haben die politischen Blätter der Partei binnen sechs Jahren ihre Leserzahl verdoppelt. Interessant ist ein Vergleich der Wähler zur Abonnentenzahl. Bei den Reichstagswahlen 1890 kamen 5,6 Wähler auf einen Abonnenten. Bierzehn Jahre später, bei den Reichstagswahlen von 1903, entfielen bereits fünf Wähler auf einen Abonnenten der Parteipresse. Zurzeit nimmt man an, daß das Verhältnis der Wähler zu den Abonnenten auf vier zu eins sich verändert hat. Auf diese Erfolge ist die sozialdemokratische Presse mit Recht stolz, und sie ist sich bewußt, welche bedeutende Rolle sie bei den in diesem Jahre stattfindenden Reichstagswahlen spielen wird.

Versammlungskalender.

- Barmen.** 21. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Vogel, Köbigerstraße 16, Generalversammlung.
- Bosum.** 15. Jan., 11 Uhr, bei Wanders.
- Borgholtz.** 15. Jan., 11 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Versammlung für Mitglieder bis 18 Jahren.
- Borgholtz.** 19. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Franz Dwerfeg, Disziplinärpunkt, Sonntag, den 22. 11 Uhr, Mitgliederber.
- Brand.** 13. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Joseph Bongenberg, Generalversammlung.
- Beunische.** 15. Jan., 5 Uhr, bei Fr. Sandmann öffentliche Versammlung.
- Cottbus.** 14. Jan., 8 Uhr, im evangelischen Vereinshaus, Spreitz 12.
- Schwarzhof.** 15. Jan., 4 Uhr, bei G. Kollege, Generalversammlung.
- Derschlag.** 15. Jan., 1/2 5 Uhr, bei Fröh von der Simpe, Generalversammlung.
- Giesdorf.** 15. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Heitiger an der Kirche, Generalversammlung.
- Hilsda.** 15. Jan., 11 Uhr, bei Müller, Generalversammlung.
- Hork (Lauß).** 24. Jan., 8 1/2 Uhr, zum Prälaten, Gerberstr.
- M. Gladbach-Blumenberg.** 15. Jan., 6 Uhr, bei Josef Schumacher, (zum Linn) Waldhaufenerstr. Generalverf.
- M. Gladbach-Ferris.** 21. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Heinrich Frischer, Pflanzstr. gegenüber der Kirche, Generalverf.
- M. Gladbach-Pfeif.** 14. Jan., 8 Uhr, bei G. Ruppbaum, Pflanzstr., Generalversammlung.
- Gieselskirchen.** 28. Jan., 9 Uhr, im kath. Vereinshaus, Generalversammlung.
- Gericath.** 15. Jan., 11 Uhr, bei Wilhelm Kempges, Vorstands- und Fördererversammlung.
- Griz i. S.** 22. Jan., 3 Uhr, im „Jurgeller“, Generalverf.
- Hardt.** 22. Jan., 9 1/2 Uhr, bei R. Jerejen Generalverf.
- Hardterbrich.** 14. Jan., 9 Uhr, bei G. Pagen, Wählenstraße, Generalversammlung.
- Herrings-Dahl.** 15. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Wm. Joh. Bagels, Generalversammlung.
- Hilt.** 15. Jan., 11 Uhr, bei David Arek, Generalverf.
- Kaldenkirchen.** 15. Jan., bei Peter Wierich, große, öffentl. Versammlung.
- Kohlsheld.** 15. Jan., 11 Uhr, bei Peter Gilleßen, Generalversammlung.
- Krefeld.** 15. Jan., 11 Uhr, in der „Reichshalle“ Generalverf.
- Lorath.** 15. Jan., 1/2 3 Uhr, im „Widen-Raum“, Generalversammlung.
- Ludwigsfelde.** 20. Jan., 8 Uhr, bei Mez, am Markt, Generalversammlung.
- Meteln.** 15. Jan., 4 Uhr, bei Jos. Koch.
- Neck.** 16. Jan., 4 1/2 Uhr, im Lokale „Süßen Oberst“.
- Reinhardt.** 15. Jan., 3 1/2 Uhr, im kath. Vereinshaus, Bohnstraße, Generalversammlung.

- Neuenkirchen.** 15. Jan., 11 1/2 Uhr, bei Emil Jörling, Vertrauensmännerversammlung.
- Neuenk.** 14. Jan., 9 Uhr, bei Rommestkirchen, Markt, Generalversammlung.
- Nienkerf.** 15. Jan., 1/2 12 Uhr, bei Eymann, kleiner Saal oben, Generalversammlung.
- Ostrop.** 16. Jan., 6 1/2 Uhr, bei Wwe. Fischer, 15. Jan., Diskutierstunde gleich nach dem Hochamte bei Bernhard Wiggers.
- Oedt.** 22. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Heimr. Kramps, Generalversammlung.
- Rheinbahlen.** 15. Jan., 1/2 6 Uhr, bei Döcker, Generalverf.
- Rheht.** 20. Jan., 10 Uhr, bei Albert Paffen, Odenkirchenerstraße 35, Generalversammlung.
- Sieghelm.** 22. Jan., 5 Uhr, im Gasthof Mainz.
- Säckling.** 15. Jan., 3 Uhr, im kath. Vereinshaus, Generalversammlung.
- Thiengen.** 22. Jan., im „Sirsch“, Generalversammlung.
- Verlautenheide.** 15. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Bernhard Gmads, Generalversammlung.
- Wiesem (Bezirk Hamm).** 15. Jan., 10 1/2 Uhr, bei Anton Riesenanz, Eichenstr., Generalversammlung.
- Wassenberg.** 22. Jan., 5 Uhr, bei Wwe. G. Schmitz, Generalversammlung.
- Waldhausen.** 14. Jan., 8 1/2 Uhr, bei Wm. J. Lemark, Generalversammlung.
- 22. Jan., bei Joh. v. d. Burg, Familienfest.**
- Wegberg.** 15. Jan., 10 1/2 Uhr, im Wegberger Hof, Generalverf.
- Windberg.** 21. Jan., 1/2 9 Uhr, bei Franz von Köschen, Generalversammlung.
- Wess i. B. (Baden.)** 22. Jan., 1/2 3 Uhr, im Lokale zur Pfefferhütte, Generalversammlung.

Literarisches.

„Das Reichsgesetz über die Wertzuwachssteuer.“ Das 42 Seiten starke Heftchen ist das erste Werkchen der Schriften des „Bayrischen Landesvereins zur Förderung des Wohnungswesens“ und erscheint in einer Zeit, wo der Kampf um die Steuer auf den unverbienten Wertzuwachs mit aller Festigkeit tobt. Die Schrift ist von dem bekannten Wohnungspolitiker Dr. Eugen Jäger, Reichs- und Landtagsabgeordneten, geschrieben und im Verlage von Max Reinhard-München gedruckt und verlegt worden.

Das Werkchen erklärt das geplante Reichsgesetz über Wertzuwachs nach den Beispielen, die die Reichstagskommission in zweiter Lesung gefaßt hat. Aber mit der Erläuterung der Kommissionsbeschlüsse begnügt es sich nicht, es wirbt für die gerechte Steuer auf unverbienten Wertzuwachs und widerlegt mit beweiskräftigem Material all die Einwände, die aus sachlichen und zum großen Teil interessenpolitischen Gründen gegen das Gesetz gemacht werden. Wir empfehlen die Anschaffung des Schriftchens allen führenden Kollegen recht sehr. Denn, so heißt es in den Schlussbemerkungen des Heft geschrieben und lehrreichen Büchleins „die Interessenten und die hinter ihnen stehenden Geldmächte werden nichts unberücksichtigt lassen, um die Reichszuwachssteuer zu Fall zu bringen oder doch wenigstens abzuschwächen. Ihr Einfluß auf die Regierungen und Gemeindevertretungen, der in den meisten Staaten und Städten die Zuwachssteuer verhindert hat, ist durch die Finanznot des Reiches mit Einbringung dieses Gesetzes gebrochen. Mögen jetzt Reichstag und Bundesrat festbleiben! Der vorliegende Gesetzesentwurf schon die berechtigten Interessen und den Mittelstand, besteuert aber den wirklich unverbienten Wertzuwachs für Reich und Gemeinde. Schamant und Reichstagskommission waren sich darüber klar, daß eine so schwierige volkswirtschaftliche Frage nicht sofort beim ersten Entwurf richtig gelöst werden kann. Man wird das Gesetz in Kraft treten lassen, seine Erfolge und Erfahrungen abwarten und es dann allmählich verbessern müssen.“

Bericht über das siebente Geschäftsjahr des Konsumvereins „Wohlfahrt“ in Werden an der Ruhr. In dem Bericht wird auf gut 50 Druckseiten, Aufschluß über eine einzig in ihrer Art sich vollzogene Entwicklung einer von christlichen Gewerkschaftlern geleiteten Genossenschaft gegeben. Bei der sprunghaftesten äußeren Entwicklung und Übernahme von sieben Kleinsten, zum Teil fast verschuldeten Genossenschaften, unter denen sich zwei Beamten-Konsumvereine befanden, steigerte die Genossenschaft ihre Reserven bis auf 8 M. pro Mitglied und zahlte im November rund 200 000 M. an Rückvergütung aus. Der Bericht wird Interessenten auf Wunsch vom Konsumverein „Wohlfahrt“ in Werden Ruhr, gratis zugestellt.

Inhaltsverzeichnis.

Wacht auf! — Artikel: Kathedersozialismus. — Was lehren die Zahlen? — Ein Erlebnis mit der Gewerbeinspektion. — Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamtes für 1909. — Feuilleton: Starke Seelen. — Aus der Arbeiterbewegung: Ortsgruppen, abonniert das „Zentralblatt“. — Unser die Jugend! — Der Zweck der Übung. — Warum keine gemeinsame Aktion in der Bergarbeiterbewegung? — Sozialdemokratische Nohlinge. — Gegen sozialdemokratische Monopolverträge. — Die Erfolge der Streiks. — Sozialdemokratie und Tarifverträge. — Die „Gelben“, auch politische Knechte. — Worte und Taten. — Aus unserer Industrie: Die Erneuerung des Interferenzbandes. — Kurzelegierungen der Aktien der Rammgarnspinnereien. — Stand der ägyptischen Baumwollenernte im Oktober 1910. — Das Textilgewerbe im Jahre 1910. — Die moderne Theaterdecoration und die Textilindustrie. — Aus dem Verbandgebiete: Geschäftsbericht nebst Protokoll der Generalversammlung. — An unsere Ortsgruppen-Vorstände! — Inhaltsverzeichnis. — Lohnbewegungen und Arbeitsfreilichkeiten: M. Gladbach. — Berichte aus den Ortsgruppen: Cuxen. — Gera. — M. Gladbach. — Gronau. — Hechingen. — Kaufbeuren. — Soziale Rundschau: Steht die Behörde über dem Gesetz? — Die Ärzte in den deutschen Großstädten. — Die sozialdemokratische Presse. — Versammlungskalender. — Literarisches.